Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 30,— Mk. Durch die Post monatl. 30,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Kerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 300 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroß, Halle

Einzelpreis 2 Mark | Montag, den 10. Juli 1922 | 2. Jahrgang. Nr. 158

Einheitsfront trotz alledem!

SPD., USPD. und ADGB. brechen die Verhandlungen ab — Führt den Kampf geschlossen weiter!

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Als die Kunde von der Ermordung Rathenaus Euch erreichte, als Ihr in beispiellos gewaltigen Demonstrationen auf die Straßen zoget, da erfüllte Euch alle ein Gedanke, ein Schrei brach elementar aus Euren Reihen: Nun ist's genug! Schluß mit dem verbrecherischen Treiben der geheimen Mörderzentralen, fort mit den offenen und verkappten Monarchisten! Ins Zuchthaus nicht nur mit den Attentätern selbst, sondern mit allen jenen, die diese Atmosphäre blutiger Gewalt und Arbeiterhasses erzeugen halfen! Heraus aber mit den gefangenen revolutionären Kämpfern der Arbeiterschaft!

Unter dem Drucke dieses Eures einheitlichen und geschlossenen Willens beauftragte der Gewerkschaftskongreß in Leipzig den Bundesvorstand,

„gemeinsam mit den drei sozialistischen Parteien wirksame Maßnahmen vorzubereiten, deren Ziel sein muß die Sicherheit der Republik und der Rechte der Arbeiterschaft gegen jeden reaktionären Angriff durch Säuberung der Regierungsstellen und öffentlichen Aemter einschließlich der Justiz von allen Elementen, die sich nicht rückhaltslos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen".

Der Kongreß sprach ferner die Erwartung aus, daß alle Mitglieder der Gewerkschaften den entschlossenen Willen haben, „auch mit dem Leben für die Verteidigung der Grundrechte des Volkes und für die Republik einzustehen".

Darauf haben die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften und des Afabundes zusammen mit den drei politischen Arbeiterparteien das sogenannte Berliner Abkommen geschlossen. Diese „Berliner Forderungen" wurden ausdrücklich als Mindestmaß dessen bezeichnet, was zur Bekämpfung der Reaktion notwendig ist.

Proletarier! Mehr als vierzehn Tage sind seitdem verstrichen! In erneuten Demonstrationen habt Ihr Euren Willen gezeigt, für die aufgestellten Forderungen zu kämpfen. Aber die Regierung kümmert sich nicht um Euch.

Nicht eine Eurer Mindestforderung ist bis heute erfüllt!

Im Gegenteil! Die Ausnahmeverordnung der Regierung legt die Ausführung in die Hände der Landeszentralbehörden. Aber Bayern, Württemberg, Bremen scheren sich den Teufel um diese Verordnung. In Preußen selbst wagt die Regierung nicht gegen die wahren Mörder vorzugehen, gegen die Helfferich, Ludendorff, Wulle, den Major Henning und wie sie alle heißen. Man hat einige Geheimorganisationen aufgelöst — aber sie existieren weiter. Die deutschvölkischen Blätter hetzen so unverschämt wie je. Das Attentat auf Harden zeigte blitzhell, wie sicher das Mordgesindel sich fühlt.

Der Bombenanschlag auf das Volkshaus in Mannheim, die Demolierung der Druckerei der „Roten Fahne" in Gleiwitz, die planmäßigen Ueberfälle der Orgeschbanden auf Arbeiter in Gotha, sie alle zeigen Euch, daß die Reaktion entschlossen ist, weiter vorzustoßen.

Die Regierung hat

eine Amnestievorlage eingebracht, die das kämpfende Proletariat verhöhnt,

die gerade Eure tapfersten Kämpfer von der Amnestie ausschließt. Das Gesetz zum „Schutz der Republik" ist nicht gedacht als Ausnahmegesetz gegen monarchistische Mordbuben, sondern ist so gehalten, daß es gerade so gut gegen Euch angewendet werden kann.

Dafür werden die reaktionären Beamten und Richter schon sorgen!

Das zeigen deutlich die Vorgänge der letzten Tage. Arbeiterblut ist geflossen! In Frankfurt, in Mannheim, in Düsseldorf, in Zwickau, in Magdeburg und einer Reihe anderer Städte haben Reichswehr und Sipo unter Führung monarchistischer Offiziere waffenlose Männer und Frauen niedergeschossen, mißhandelt, verhaftet.

Bayern trotzt offen! Bayerische Minister, Minister einer Republik erklären, daß ihre Beamten Monarchisten sein dürfen! Der bayerische Polizeiminister bestimmt, daß Anordnungen des Reichsanwalts ohne seine Genehmigung nicht ausgeführt werden dürfen. Das ist offene Begünstigung der flüchtigen Mörder!

Proletarier! Wie konnte es soweit kommen? Wie konnte die Reaktion so erstarken?

Die Antwort liegt offen zutage. Ihr habt wohl demonstriert, aber

Eure Spitzenorganisationen zaudern, Euch zum Kampfe zu rufen!

Schlimmer noch, die Sozialdemokratische Partei hat im Preußischen Landtag zusammen mit den bürgerlichen Parteien die Anträge der KPD. zum Amnestiegesetz niedergestimmt. Und das, obwohl sie nach dem Berliner Abkommen verpflichtet war, bei diesen Gesetzen gemeinsam mit den anderen Arbeiterparteien vorzugehen.

Im Reichstag hat der sozialdemokratische Justizminister Radbruch im Widerspruch zum Berliner Abkommen erklärt, daß das Gesetz „zum Schutze der Republik" auch gegen links angewandt wird.

Trotzdem im Berliner Abkommen vereinbart war, daß keine der Spitzenorganisationen ohne Zustimmung der anderen auf eigene Faust vorgehen dürfe, haben

SPD., USPD., und ADGB. mit bürgerlichen Parteien über den Eintritt der USPD. in die Koalitionsregierung verhandelt

Der USPD. war also die Einheitsfront mit dem Bürgertum wichtiger als die Einheitsfront des Proletariats.

Man kann nicht draußen vor den demonstrierenden Massen Einheitsfront des Proletariats rufen und drinnen in den Wänden des Parlaments Koalitionspolitik treiben mit bürgerlichen Arbeiterfeinden. Und daß auch Zentrum und Demokraten Arbeiterfeinde sind, hat die Verabschiedung des reaktionären Arbeitsnachweisgesetzes deutlich gezeigt, das mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die Stimmen der Arbeiterparteien durchgesetzt wurde.

Proletarier! Inzwischen verschlimmert sich Eure wirtschaftliche Lage von Tag zu Tag. Der Dollar kletert sprunghaft in die Höhe, die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel folgen nach, der Widerstand der Unternehmer gegen Eure bescheidensten Lohnforderungen verstärkt sich.

Wo bleiben die schärferen Maßnahmen, von denen der Aufruf der Spitzenverbände sprach?

Die Kommunistische Partei hat von allem Anfang an diese schärferen Maßnahmen vom ADGB. gefordert. Die Führer des ADGB. und der sozialistischen Parteien haben das zum Anlaß genommen, die Kommunisten als Zerstörer der Einheitsfront zu denunzieren. Sie haben uns Erklärungen vorgelegt, die sich angeblich gegen wilde Redner und Provokateure wandten, die aber in Wirklichkeit verhindern sollten, daß den arbeitenden Massen gesagt wird, was not tut, daß Kritik geübt wird an den halben Maßnahmen der Spitzenverbände. Die Kommunistische Partei hat sich geweigert, solche Erklärungen und Aufrufe zu unterschreiben. Die Spitzenorganisationen des ADGB., des Afabundes und der beiden sozialistischen Parteien behaupten nun, die Kommunisten seien vom Berliner Abkommen zurückgetreten.

Wir Kommunisten denken nicht daran, den Boden des Berliner Abkommens zu verlassen

Im Gegenteil, wir verlangen die sofortige nachdrückliche Durchführung des Berliner Abkommens.

Die heutige Regierung wird dies nicht tun. Im heutigen Reichstag wird sich keine Zweidrittelmehrheit finden, um ein Gesetz zu beschließen, das den Monarchisten wirklich gefährlich wird.

Alle Versuche, mit Hilfe von bürgerlichen Parteien Arbeiterinteressen zu wahren, schlagen notwendig in das Gegenteil um,

in eine Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse. Der Versuch, die Forderungen des Berliner Abkommens durch parlamentarische Verhandlungen zu verwirklichen, haben zur Preisgabe dieser Forderungen durch die sozialistischen Parteien geführt.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Koalitionspolitik muß fallen, soll Arbeiterpolitik bestehen. Millionenstimmig muß in den Arbeitermassen der Ruf lebendig werden:

Auflösung des Reichstages!
Neuwahl unter der Losung:
Arbeiterregierung!

Sollte die Regierung sich weigern, dem Willen des Proletariats, dem Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes zu gehorchen, so müssen die Spitzenverbände rücksichtslos die Massen zum Kampfe rufen, zum Kampfe mit den äußersten Mitteln.

Arbeiter! Ihr habt demonstriert, wollt Ihr nun kämpfen?
Nur die Tat kann Euch retten!

Berlin, 8. Juli 1922.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Koalition oder Klassenkampf

Konfusionspolitik der USPD.

„Indem die Unabhängige sozialdemokratische Partei ihre klare Klassenkampfpolitik fortsetzt, frei von jeder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien, ermöglicht sie den baldigen Zusammenschluß aller Arbeiterparteien für den siegreichen Endkampf des Proletariats. Denn die logische Revolution kann nur zum Sieg geführt, der Sozialismus nur verwirklicht werden von einem Proletariat, das erfüllt ist mit sozialistischem Klassenbewußtsein und zusammengefaßt ist zu einer unabhängigen Führung des Klassenkampfes."
(Manifest der USPD., angenommen auf dem Leipziger Parteitag im Januar 1922.)

Die Ermordung Rathenaus hat die sozialdemokratischen und die unabhängigen Führer zu der Erkenntnis gebracht, das „der letzte Augenblick" gekommen ist, in dem es „um Sein oder Nichtsein der Republik" geht und in dem über das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse die Entscheidung fallen muß. Die Entrüstung und der „Radikalismus" dieser Führer über den organisierten Meuchelmord war deshalb im ersten Schreck riesengroß. Diesen Führern ist allen miteinander klar geworden, daß gegen die deutschnationale Mordpest, der sie durch eigenes Versagen, besonders nach dem Erzbergermord, den Nährboden bereitet haben, ganz energisch durchgegriffen werden muß, wenn die Gefahr des monarchistischen Umsturzes und der Blutherrschaft über das Proletariat überhaupt noch abgewendet werden soll. Und so haben wir es erlebt, daß überall den sozialdemokratischen und unabhängigen Führern die Forderungen des Berliner Abkommens nicht weit genug gingen, daß sie die Einsetzung von Aktionsausschüssen freudig begrüßten und in ihren Reden die Arbeiterschaft zu **aktivem Handeln** aufriefen. Warum? Weil sie, die auf den Parlamentarismus schwören, fühlen, daß mit parlamentarischen Aktionen allein nichts getan ist! Zu Dutzenden könnte man Beispiele für diesen **„Radikalismus"** anführen. Als typisch sei nur das von dem bekannten Rechtssozialisten Hermann Wendel hier wiedergegeben. Er macht in einem Artikel der „Glocke", nach dem er die konterrevolutionäre Gefahr geschildert und über seine eigene Partei den Schuldspruch gefällt hat, daß nach der Ermordung Erzbergers der Entrüstung keine Taten folgten, seinem vom Schreck beengten Herzen also Luft:

„Mit Ausnahmebestimmungen will man alledem beikommen. Aber die schönsten Ausnahmebestimmungen bleiben **geduldiges Kanzleipapier**, wenn nicht die Kernfrage gelöst, die Nebenregierung der Geheimräte zum Teufel gejagt, die monarchistische Justiz ausgemistet und die Reichswehr endlich zu einer Waffe für die Republik gemacht wird. Leicht ist das alles nicht und Späne werden bei diesem Hobeln fallen.

Aber ein Schwanken mit Rücksicht auf **schwankende Koalitionsgenossen** darf es nicht geben, denn bei aller Anerkennung demokratischer Grundsätze und bei aller Ehrfurcht vor dem konstitutionellen Prinzip: **es ist besser, daß die Republik verfassungswidrig lebt, als daß sie verfassungsmäßig zugrunde geht.** Laßt Euch, Verantwortlichen, den Moniteur von 1793! Erfüllt Euch mit Dantons Wort von den drei Notwendigkeiten: **Kühnheit, wieder Kühnheit und noch einmal Kühnheit!** Krempelt die Aermel auf! Und an die Arbeit!"

Wenn diese Aufforderung, die Aermel hochzukrempeln, nicht putschistischer Radikalismus sein soll, so kann sie nur den Sinn haben, daß an Stelle des ewigen Lavierens mit den „schwankenden Koalitionsgenossen", der **rücksichtslose Klassenkampf** der proletarischen Massen gegen die Bourgeoisie als den Erzfeind des Proletariats treten muß.

Aber mit dem rücksichtslosen Klassenkampf sozialistischer Führer ist es ein eigen Ding. Die Notwendigkeit proletarischer Massenaktionen können sie nicht mehr leugnen. Aber darüber, wie im gegenwärtigen Moment der Klassenkampf geführt, wie die Forderungen des Berliner Abkommens zum Schutze der Republik durchgeführt werden sollen, darüber herrscht in den Köpfen des Menschewismus die tollste Konfusion. Von den Rechtssozialisten wollen wir nicht reden. Sie haben dem Klassenkampf längst abgeschworen, bei ihnen ist längst bewiesen, daß alle radikalen Worte nur Phrasen oder Ausflüsse augenblicklicher Stimmungen sind. Wie aber stehts bei den Unabhängigen, die noch im Manifest ihres Parteitages vom Januar 1922 erklären **„jedwede Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien" ablehnen?** Hier ist der „Radikalismus" blödeste Konfusion, die feige Angst vor der eigenen Courage verrät. Typisch kommt das in der Hallischen unabhängigen „Volkszeitung" zum Ausdruck. Dieses Blatt hat neben der „Freiheit" und der „Leipziger Volkszeitung" am Dienstag vergangener Woche den Beschluß der Reichskonferenz der USPD., in eine Koalition mit Zentrumspfaffen und Börsenjobbern zum Schutze der Republik einzutreten als eine **unumgängliche Selbstverständlichkeit" begrüßt.** Die „Volkszeitung" versuchte damit die Illusion der USPD.-Zentrale in ihrem Aufruf vom 3. Juli zu stützen, mit den Rechtssozialisten, dem Zentrum und den Demokraten im Parlament ein wirksames „Gesetz zum Schutze der Republik" schaffen und die Exekutive in die Hände „entschlossener Republikaner" bringen zu können, nachdem sie erst am Tage vorher

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220710-13/fragment/page=0001

selbst in einem Artikel des Unabhängigen, Dr. Herz, haarscharf nachgewiesen hatte, daß „sozialistischen Minister kommen und gehen und niemand weiß, wo ihre Spur geblieben ist.“ Am Mittwoch hat dasselbe Blatt dann wieder die oder zitierte Aufforderung Wendels zum kühnen und selbst verfassungswidrigen Handeln und Bruch mit „schwankenden Koalitionsgenossen“ abgedruckt und gesagt, daß „das peinliche Bestreben, die Sicherung (der Republik und des Proteiariats) unter sorglamer, jedes noch so geringen Verstoßes gegen die Verfassung vorzunehmen“, dafür spricht, daß es wiederum nicht anders geht, als nach dem Erzbergermord. Das war also die Wiederverurteilung des parlamentarischen Lavierens in einer bürgerlich-sozialistischen Koalition, nach dem diese am Tage vorher eine „unumgängliche Selbstverständlichkeit“ war. Am Freitag schon haben die prinzipienfesten Strategen dieses USPD.-Blattes bereits wieder ihren „entschlossenen Klassenkampfstandpunkt“ geändert und begründen wiederum die „unumgängliche Koalitionspolitik“. Den Herrschaften ist zwar klar, die Forderungen des Berliner Abkommens lassen sich nur durchführen durch eine Arbeiterregierung, die sich allein auf den entschlossenen Kampf der Arbeitermassen stützt, denn: „Auch das beste und weitestgehende Gesetz zum Schutze der Republik hat nur dann Wert, erfüllt nur dann seine Zweckbestimmung, und die Mordreaktion kann nur dann ein- für allemal gebändigt werden, wenn die wirklichen Machtmittel der Republik, wenn Reichswehr, Schupo, Polizei, Justiz, Verwaltung usw. dauernd nur von wirklich zuverlässigen Republikanern beherrscht werden, also vor allem auch die Exekutive, die ausübende staatliche Gewalt, fest in sicheren republikanischen Händen ruht.“ Aber für die reine Arbeiterregierung fehlen die Voraussetzungen, weil — die Rechtssozialisten nicht wollen und auch die Mehrzahl der Gewerkschaftführer nicht dafür zu haben sind; sie halten an ihrer „bewährten“ Koalitionspolitik vorläufig noch fest. Daraus, und aus der hochgespannten Situation ergibt sich für die USPD., daß es von ihr nicht klug war, in ihrem Manifest vom Januar 1922: „niemals — niemals zu sagen!“ Nachdem das klargestellt ist, muß sich die USPD. „nicht nur als die politisch Ueberlegene, sondern auch als die moralisch Stärkere“ erweisen, indem sie dem Willen der SPD.- und der Gewerkschaftsführer nachgeben und in die Koalition mit Zentrumspfaffen und Börsenjobbern eintreten! „Hätte sie anders entschieden“, argumentieren die unentwegten Apostel des entschiedenen Klassenkampfes weiter, „so wäre dabei wahrscheinlich auch die durch die Not der Stunde zusammengeschweißte proletarische Einheitsfront bald wieder auseinandergefallen“, deren baldiger Zusammenschluß für den siegreichen Endkampf des Proletariats laut Leipziger Manifest von der USPD. ermöglicht wird, „indem sie ihre klare Klassenkampfpolitik fortsetzt, frei von jedweder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien“!

Völliger, als in dieser Haltung der unabhängigen „Volkszeitung“ — die Haltung der „Freiheit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ ist nichts anderes — kann sich die Konfusion der USPD.-Politik nicht erweisen. Den unabhängigen „Führern des proletarischen Klassenkampfes“ ist der entschlossene Wille der Massen zum entscheidenden Kampf gegen die monarchistische Reaktion, das schwindende Vertrauen der Massen zu den Führern des ADGB. nichts, über das sich Leipzig in den zentralen Verhandlungen der Spitzenorganisationen so bitter beschwert. Für die Regierungsbeteiligung der USPD. ist der Wille der SPD.- und der Gewerkschaftsführer bestimmend, ihre Führer stehen ganz im Banne Kautskys sie unterscheiden sich in keiner Weise in ihrem Zurückschrecken vor dem ernsthaften entschlossenen Kampfe des Proletariats gegen die monarchistische Reaktion von den Führern der Gewerkschaften und der SPD. Aber der Wille der SPD.- und Gewerkschaftsführer ist nicht der Wille der proletarischen Massen. In dieser Situation, wo sich der Kampf in jeder Stunde zuspitzt, wo infolge der schwächlichen Haltung der Spitzenorganisationen und des Bruchs des Berliner Abkommens durch die SPD. in den Parlamenten die monarchistische Mordreaktion jeden Tag frecher und trotziger ihr Haupt wieder erhebt, vollzieht sich die Klärung in den Massen mit riesiger Schnelligkeit. Im Proletariat ist kein Zweifel mehr vorhanden, daß es in seiner Front zusammensteben muß, um mit gepanzerter Faust Kapitalistenwillkür und Mordbrenner aufs Haupt zu schlagen. Wenn je in der Geschichte der deutschen Revolution die Einheitsfront der Arbeiterklasse eine bittere Notwendigkeit war, so jetzt. Der Kampf wird von den Arbeitern mit zäher Energie um die Durchführung des Berliner Abkommens aufgenommen. Jeder Augenblick des Zögerns der Spitzenorganisationen untergräbt das Vertrauen in den Massen mehr zu seinen gewerkschaftlichen Führern und zwingt sie, die Einheitsfront ohne diese Führer im Feuer des Kampfes gegen die Reaktion zu schmieden. Erfolgt in diesem Moment der Eintritt der USPD. in die Regierung Wirt—Bauer, so ist das der offene Abfall vom proletarischen Klassenkampf. Die USPD.-Führer desertieren direkt ins feindliche Lager, sie verübten schon damit, daß sie überhaupt nur ihre Bereitwilligkeit bekundet haben, in die Regierungskoalition einzutreten, sträflichen Hochverrat an den Lebensinteressen des Proletariats. Die unabhängigen Führer wollen das Gesetz zum Schutze der Republik und die Amnestie mit den Zentrumspfaffen und den „demokratischen“ Fabrikanten und Börsenjobbern durchführen. Mit Hermes, der immer noch Finanzminister in Deutschland ist, und Geßler, dem demokratischen Reichswehrminister, wollen die unabhängigen Führer Verwaltung und Justiz säubern. Die Hilfe der Proletarier zu durchgreifenden Maßnahmen gegen die reaktionäre Bureaukratie und Polizei hat die USPD. abgelehnt. Sie wollen keine Kontrollausschüsse der Arbeiter aller Parteien und Gewerkschaften. Ihnen liegt mehr am ungestörten Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten, wie an dem tatkräftigen Zupacken revolutionärer Arbeiter.

Bildung neuer Kontroll-Ausschüsse

Hannover.

In Peine, Harzburg, Goslar, Northeim, Einbeck, Osnabrück haben die Arbeiterschaft, die Parteien und Gewerkschaften Kontrollausschüsse gebildet. An einigen Orten haben diese Ausschüsse bereits die sofortige Entlassung reaktionärer Beamten durchgesetzt.

Thüringen.

In Körner, Nauendorf, Wölfis, Cabarz, Wangenheim, Belleben, Gera, Gräfentonna haben sich Kontrollausschüsse gebildet. Sie werden von den Behörden anerkannt und haben teilweise ihre Verbindung mit Gotha hergestellt.

Mordorganisation C in Tilsit

Trotz des Verbots der Organisation C tragen in Tilsit Studenten und ähnliches Gesichter nach wie vor offen das C-Abzeichen zur Schau. Weiß die in der Tilsiter Stadtverordnetenversammlung bestehende sozialdemokratische Mehrheit nicht, was sie zu tun hat?

Neue monarchistische Schandtaten

In der Nähe von Gotha sammelten sich nachts einige hundert Burschen des Jungdeutschen Ordens und zogen durch die Dörfer. Auf dem Wege von Friemar nach Trächtebornn wurden Arbeiter aus ihren Wohnungen geholt, blutig geschlagen und fortgeschleppt. Bei diesen schmachvollen Folgen der lauen Haltung des Regierungskommissars müssen die Kontrollausschüsse in allen Ortschaften mit erweiterten Vollmachten ausgestattet und bewaffnete Arbeiterschutzwehr bereitgestellt werden.

Die Spitzenkörperschaften brechen die Verhandlungen mit den Kommunisten ab!

Die SPD.-Presse veröffentlicht einen Aufruf, den wir untenstehend mit unserer Antwort zum Abdruck bringen. Diesem Aufrufe des ADGB. ist folgender Nachsatz hinzugefügt worden:

„Die Kommunistische Partei hat sich geweigert, den vorstehenden Aufruf, wie auch schon den gemeinsamen Aufruf vom 3. Juli, der vor Provokateuren warnte, zu unterzeichnen. Damit ist die KPD. aus der Aktionsgemeinschaft der unterzeichneten Organisationen ausgeschieden. Die Unterzeichneten verpflichten sich und ihre Anhänger desto nachdrücklicher, die in diesem Aufrufe festgestellten gemeinsamen Grundsätze auf das Genaueste zu beachten.“

Mit diesem Passus erklären ADGB., Afa, SPD. und USPD., daß sie die Verhandlungen mit den Kommunisten abgebrochen haben. Richtig ist, daß wir uns geweigert haben, den Aufruf des ADGB. in der Form, wie er vorgelegt wurde, zu unterzeichnen.

Jeder Arbeiter, der den Aufruf aufmerksam durchliest, wird finden, daß er nicht dem Zwecke der Fortsetzung gemeinsamer Aktionen dienen kann, sondern ausschließlich gegen die Kommunistische Partei gerichtet ist. Nach den Abmachungen der Spitzenorganisationen sind die zusammenwirkenden Parteien verpflichtet, alles aufzubieten, das der geeinten Aktion des Proteiariats dient. Der vom ADGB. vorgelegte Entwurf verfolgt aber gerade den entgegengesetzten Zweck. Er enthält kein Wort über das herausfordernde Treiben der Nationalisten, kein Wort gegen die Provokationen, die sich dieses Gesindel sogar in mehreren Orten gegen die Demonstrationen erlaubte, kein Wort gegen die neuerlichen Attentate der Mörderbande in Mannheim, Gleiwitz und anderen Orten, kein Wort gegen das Arbeiterabschlachten durch die Polizeitruppen in vielen Orten. Für alle diese von der Reaktion verübten Verbrechen an der Arbeiterschaft hat nun der ADGB. den traurigen Mut, die Kommunisten verantwortlich zu machen. Und eine solche Niedertracht sollen wir unterzeichnen!

Weiter: Das Berliner Abkommen enthält Mindestforderungen. Der Aufruf der Spitzenkörperschaften besagt aber mit keiner Silbe, mit welchen Mitteln die Durchführung herbeigeführt werden soll. In Sachsen, Thüringen, Mitteldeutschland, Rheinland, Westfalen haben die Arbeiter in gemeinsamen Kämpfen, bei denen SPD.-, USPD.- und Gewerkschaftsmitglieder brüderlich neben den Kommunisten standen, die Durchführung des Berliner Abkommens sich mittels Selbsthilfe erkämpft und zu diesem Zwecke Aktionsausschüsse und Kontrollkommissionen gebildet. Wir haben wiederholt bei den Verhandlungen gefordert, daß die Spitzenkörperschaften zu diesen Vorgängen Stellung nehmen und die Kontrollausschüsse unterstützen sollten. Das wurde von den übrigen Organisationen stets abgelehnt.

Der ADGB. versucht nun die Dinge so hinzustellen, als seien diese Abkommen des Proletariats nur Machwerke der Kommunisten, womit er beweisen wollte daß die Kommunisten unter eigenen Parolen die Aktion weitertreiben als es dem Berliner Abkommen entspreche. Aus diesen Unterstellungen geht klar hervor, daß die unterzeichneten Körperschaften durch den Aufruf zwar eine Aktion einleiten wollen, aber eine Aktion, die darauf hinausläuft, die Arbeiter in jenen Bezirken abermals der Reaktion zu überantworten. Zu einem solchen Schritt konnten wir uns selbstverständlich nicht entschließen.

Genau so wie dem Bürgertum von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen die Einheitsfront des Proletariats in die Knochen gefahren ist und sie zu einem einheitlichen Block zusammengeschweißt hat, genau so bekommen jetzt ADGB., Afa, SPD. und USPD. einen gelinden Schreck vor dem einmütigen Handeln der Arbeiterklasse. Dies ist der Sinn ihres hysterischen Geschreis.

„Darum ist jede Taktik einer einzelnen Organisation, die Aktionen entgegen den gemeinsamen Beschlüssen auf eigene Faust weiterzutreiben, aufs entschiedenste zu verwerfen.

Gewerkschaftsmitglieder, Genossen,

zeigt denen die Tür,

die jetzt in Wort und Schrift Eure Einigkeit stören oder Euch zu Taten verleiten wollen, die nicht unseren gemeinsamen Forderungen entsprechen.“ U. s. f.

Dies ist die klare Aufforderung an die SPD.- und USPD.-Mitglieder im ganzen Reiche, werft die Kommunisten aus der Einheitsfront hinaus. Arbeiter, entzweit Euch untereinander! Das sind die „Grundsätze“, auf die die SPD.- und USPD.-Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder von ihren Zentralvorständen verpflichtet werden.

Ebenso unwahr wie die damalige Behauptung, die KPD. habe sich am 3. Juli überhaupt geweigert, einen gemeinsamen Aufruf gegen die Provokateure zu unterzeichnen, ist auch die gegenwärtige Behauptung, daß wir es abgelehnt hätten, einen Aufruf, der dem Zwecke der Einheitsfront des Proletariats dient, mit zu unterzeichnen. Wir wir aber schon oben nachgewiesen haben, mußte der Aufruf, den zu unterschreiben wir uns weigerten, die Arbeiterschaft aufs schwerste gefährden. Wir haben deswegen von den übrigen vier Körperschaften einen abgeänderten Entwurf unterbreitet, der der Einheitsfront des Proletariats wirklich entspricht und der entsprechend der gegenwärtigen Situation die Arbeiterschaft noch enger zusammenschweißen sollte, vorgelegt. Dieser Entwurf ist von den übrigen vier Körperschaften abgelehnt worden und als Antwort hierauf der Aufruf zur Zerstörung der Einheitsfront in der SPD.- und USPD.-Presse publiziert worden.

Wir überlassen das Urteil darüber, wer in Wirklichkeit die Einheitsfront des Proletariats in dieser so ernsten Stunde zerschlägt, getrost der deutschen Arbeiterklasse und sind überzeugt, daß wir vor diesem Urteile bestehen können.

*

Nachstehend bringen wir den ursprünglichen Aufruf der Gewerkschaften, SPD. und der USPD. sowie unseren Gegenentwurf und unser Begleitschreiben.

Der Aufruf der Spitzenorganisationen

An die Gewerkschaftsmitglieder und Parteigenossen!

Nach allen Berichten aus dem ganzen Reiche hat die Kundgebung für unsere gemeinsamen Forderungen zum Schutze der Republik am letzten Dienstag unter gewaltig gesteigerter Anteilnahme des arbeitenden Volkes stattgefunden. Die Erwartungen, die wir an unseren Aufruf vom 30. Juni geknüpft hatten, sind damit in vollem Maße erfüllt.

Leider sind Demonstrationen an einzelnen Orten durch Ausschreitungen gestört worden. Wir müssen feststellen und bedauern, daß in diesen Fällen unsere Warnungen vor Provokationen nicht genügend beachtet wurden. Insbesondere müssen wir öffentlich verurteilen, daß Handlungen begangen wurden, die ein Hohn auf die jetzt so dringend nötige Einigkeit der Arbeiter sind.

Wir haben uns bei der Aufstellung unserer gemeinsamen Forderungen vom 27. Juni gegenseitig verpflichtet: „diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen. Ferner haben wir von der gesamten Arbeiterschaft die Bereitschaft zur Unterstützung unseres Vorgehens durch solidarische Massenkundgebungen verlangt, sobald wir dazu aufrufen. Zugleich haben wir unsere Mitglieder aber auch zu geschlossener Disziplin und absoluter Einigkeit verpflichtet.

Jetzt verhandelt der Reichstag über die Gesetzesvorlagen, in denen unsere Forderungen verwirklicht werden können. Das Ergebnis dieser Beratungen, die nach Möglichkeit beschleunigt werden, wird unsere weiteren Beschlüsse zustimmen.

Darum ist jede Taktik einer einzelnen Organisation, die darauf ausgeht, sich selber im Gegensatz zur anderen als besonders eifrig hinzustellen (!!), die Absichten der anderen aber herabzusetzen und zu verdächtigen, besondere Kampfmethoden zu propagieren und die Aktion entgegen den gemeinsamen Beschlüssen auf eigene Faust weiterzutreiben, aufs entschiedenste zu verwerfen.

Gewerkschaftsmitglieder, Genossen, zeigt denen die Tür, die jetzt in Wort und Schrift Eure Einigkeit stören oder Euch zu Taten verleiten wollen, die nicht unsere gemeinsamen Forderungen und den von uns ausgegebenen Parolen entsprechen. Die so handeln, gehören nicht zu uns. Lehnt jede Gemeinschaft mit ihnen ab und weist, wo ein solcher Störenfried in den eigenen Reihen auftritt, ihn gebührend in die Schranken.

*

Auf den vorstehenden Aufruf hat unsere Parteizentrale mit einem Gegenaufruf und nachstehenden Brief geantwortet.

Unser Antwortschreiben

Berlin.

Werte Genossen!

Wir sind selbstverständlich bereit, heute mit Euch einen gemeinsamen Aufruf herauszugeben. Wir halten aber den uns vorgelegten Entwurf für politisch ungenügend, vor allem, weil er den Arbeitermassen nicht sagt, welche Mittel die Spitzenkörperschaften fernerhin anwenden wollen, um die Durchführung ihrer Forderungen sicherzustellen. Infolge dieses Mangels würde die Veröffentlichung des Aufrufs bei den Arbeitermassen sehr ungünstige Wirkungen zeitigen.

Wir gestatten uns deshalb einen Gegenentwurf vorzulegen, der nach unserer Auffassung der Situation entspricht. Unser Entwurf enthält zwar nicht alles, was im Augenblick von den Spitzenkörperschaften nach unserem Dafürhalten zur politischen Situation zu sagen wäre. Wir glauben jedoch, daß er für alle Beteiligten annehmbar ist.

Unter der Voraussetzung, daß Ihr unseren Entwurf annehmt und daß von keiner Seite Aenderungen gewünscht werden, sind wir damit einverstanden, daß Ihr diesen Aufruf mit unserer Unterschrift versehe und sofort als gemeinsame Kundgebung veröffentlicht.

Macht sich eine Aussprache erforderlich, so bitten wir Euch um Benachrichtigung und schleunige Einberufung einer Sitzung. Unsere Vertreter halten sich für eine eventuell am Nachmittag stattfindende gemeinsame Sitzung bereit.

Mit proletarischem Gruß

gez. Koenen, Remmele.

Gegenentwurf der KPD.

An die Gewerkschaftsmitglieder und Parteigenossen!

Nach den Berichten aus allen Teilen des Reiches hat unsere zweite Kundgebung für die Durchführung der Mindestforderungen an Größe und Wucht die erste Demonstration noch bedeutend übertroffen. Die werktätigen Massen in Stadt und Land haben unsere Erwartungen, denen wir in dem Aufruf vom 30. Juni Ausdruck gaben, in glänzender Weise erfüllt.

Vier Tage sind seitdem vergangen. Diese vier Tage haben gezeigt, daß auch dieser zweite Massenaufmarsch trotz seiner beispiellosen Wucht noch nicht ausreichte, um den bürgerlichen Parteien des Reichstages den vollen Ernst der Lage zum Bewußtsein zu bringen. In den letzten Tagen hat sich im Gegenteil der Widerstand auch beim Zentrum und bei den Demokraten gegen unsere Mindestforderungen verstärkt. Ausschlaggebende Parteien sind am Werk, dem Gesetz zum Schutze der Republik einen für die unterzeichneten Organisationen unannehmbaren Inhalt zu geben. Noch sind die Beratungen nicht abgeschlossen. Wir halten es aber für angezeigt, nochmals mit Nachdruck zu betonen, was wir bereits in unserem Aufruf vom 30. Juni ausgesprochen haben: „Die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterparteien sind entschlossen, vor keinem Widerstand zurückzuweichen. Das Aeußerste muß geschehen, um die aufgestellten Forderungen durchzuführen.“

Wir haben uns bei der Aufstellung unserer gemeinsamen Forderungen vom 27. Juni gegenseitig verpflichtet: „Diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.“ Ferner haben wir von der gesamten Arbeiterschaft die Bereitschaft zur Unterstützung unseres Vorgehens durch solidarische Massenkundgebungen verlangt sobald wir dazu aufrufen.

Leider ist die einheitliche Verfechtung unserer Forderungen dadurch erschwert worden, daß sowohl im Reichstag wie im Preußischen Landtag Fraktionen, die durch ihre Parteivertreter auf die Forderungen festgelegt waren, abweichende Anträge stellten. Angesichts des Ernstes der Lage verpflichten sich die unterzeichneten Parteien, auf jede Sonderbestrebung zu verzichten und die aufgestellten Forderungen, „die das Mindestmaß dessen enthalten, was zur endlichen Niederkämpfung der nationalistischen, monarchistischen Volksgegner unbedingt notwendig ist“, einheitlich und mit aller Energie zu vertreten.

Für den Fall, daß sich im Reichstag keine Zweidrittelmehrheit für unsere Forderungen findet, werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die Auflösung des Reichstages erzwingen. Bei den Neuwahlen werden die unterzeichneten politischen Parteien mit Unterstützung der Gewerkschaften alle Anstrengungen machen, um die Mehrheit im Reichstag zu erlangen, um so die Basis für eine Arbeiterregierung zu schaffen, die die Gewähr für die Durchführung unserer Forderungen vom 27. Juni bietet.

Gewerkschaftsmitglieder, Parteigenossen!

Indem wir Euch von unseren Absichten Kenntnis geben, erwarten wir von Euch, daß Ihr in dieser schwierigen Situation Disziplin übt und Euch zu keinerlei Unbesonnenheiten verleiten laßt. Planlose Aktionen zersplittern die Kraft der Arbeiterklasse, Disziplinlosigkeiten nützen unseren gefährlichsten Gegnern und schädigen und diskreditieren unsere Sache.

Haltet Euch bereit! Uebt eiserne Disziplin!

Wenn wir einig und geschlossen handeln, sind wir stark genug, jeden Widerstand zu brechen und unsere Forderungen restlos durchzuführen.

Berlin, den 8. Juli 1922.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220710-13/fragment/page=0002

„Schade, daß kein Prolet runtergeknallt wurde!"

Deutschnationale Provokation in Senftenberg

Die sozialdemokratische „Märkische Volksstimme" in Cottbus teilt über die Plünderungen im Bereich der Grube „Ilse", Senftenberg und Röchlen, folgendes mit:

„Die Ilse-Wohlfahrt setzte provokatorisch die Preise so stark in die Höhe, daß starker Unwille über diese Wuchermaßnahmen ausbrach. Auf der anderen Seite lehnten die Grubenbarone eine Lohnerhöhung ab.

Es erfolgten die Plünderungen, die selbst durch das persönliche Eingreifen von Landrat und Regierungspräsident, beide Sozialdemokraten, nicht gehindert werden konnten. Nun wurde Schupo aus Cottbus geholt, die das Heiligtum des Privatbesitzes schützen sollte.

Als am letzten Dienstag die zweite Demonstration in Senftenberg stattfand, war wieder Schupo zum Schutze der lieblichen „Ilse" anwesend. Die Polizei bekam aber nichts zu tun, weil selbst zur Freude unserer wackeren Grünen alles glatt ablief.

Die Polizeibeamten wurden mit Zigaretten und sonstigen Gaben bedacht, um recht deutlich auf die Schießfreudigkeit der Beamten einzuwirken. Die Beamten merkten die Absicht der Direktion und wurden so verstimmt, daß sie schließlich die Annahme der „Liebesgaben" verweigerten.

Bei dieser Gelegenheit hat in Gegenwart vieler Schupobeamten der Direktor Fuldner der Ilse-Wohlfahrt die Aeußerung getan:

„Schade, daß alles so glatt abgeht."

Die Beamten wunderten sich nicht schlecht über die frivole Gesinnung eines solchen Ordnungsmannes und sie hatten sogar Lust, den Mann dafür zu verprügeln, welche Versäumnis wir sehr bedauern. **Sind denn die Gummiknüppel nur für Arbeiter da?**

Was geht nun aus dieser Aeußerung des Fuldner hervor? Daß die Unruhen von deutschnationalen Provokateuren angezettelt und von gekauften Dunkelmännern in proletarischer Verkleidung durchgeführt worden sein können. Vielleicht wollte man die Polizei auf die Demonstranten hetzen, ein Blutbad anrichten, und nach außen rufen: Schutz vor links! Der Geldsack ist in Gefahr, die heilige Ordnung, die segensreiche Himmelstochter der Schieber, Wucherer und Großverdiener, ist geschändet, strömt herbei, ihr Polizei- und Reichswehrscharen, und haut die rote Brut in die Pfanne!

O, wir kennen sie, unsere monarchistisch gefärbten Pappenheimer, und der Ausruf des Herrn Fuldner liefert den Beweis für die wahre Gesinnung der kapitalistischen Ordnungsbestie! **Man sollte ihr, dieser Bestie, bald den Hals umdrehen,** ehe sie uns den Beisel umdreht!"

Aber was nützt alle Einsicht und alles radikale Getue dieser Sozialdemokraten, wenn sie in Wahrheit und als Regierungspartei die „kapitalistische Ordnungsbestie" unterstützen und teilweise selbst verkörpern?

Wo stecken die Mörder?

Man hört fast gar nichts mehr von den Spuren der Rathenau-Mörder und der Attentäter auf Harden und Scheidemann. Man wird dieses Verstummen begreifen, wenn man weiß, daß die Verfolgung vielfach in den Händen monarchistischer Beamter liegt und sich auf irreführende Angaben deutschnationaler Kreise stützt. So konnten sich denn die Herren mit blondgescheiteltem Haar und blauem Sackanzug bequem in Sicherheit bringen. Die Frechheit der Mörderparteien (Deutschnationale und Deutschvölkische liegen sich wieder ungetrennt und mit Wulles Segensspruch in den Armen!) wird täglich größer und auch der „Bayrische Kurier", das Organ des Bauernbündlers Dr. Heim und der Bayrischen Volkspartei, betont seine christliche Freundschaft mit dem Mörderpack, indem es den Mordüberfall auf Harden mit der Titelzeile wohlwollend verseht: „Maximilian Harden verhauen". — Hat man übrigens schon Nachforschungen angestellt, daß der Name des einen verhafteten Mordbuben vom Verbande nationalgesinnter Soldaten Weichard identisch ist mit dem Inhaber eines bekannten deutschvölkischen Verlegers in Berlin, der eine Zentrale für deutschnationale Hetzpropaganda unter literarischem Aushängeschild unterhält? — Neue Ermittelungen haben übrigens ergeben, daß Hintermänner des Attentats auf Harden in Oldenburg sitzen, wo Durchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen sind.

Generalstreik mit Zielforderungen

Der letzte Demonstrationsstreik wuchs sich in Bergen, der Hauptstadt Rügens, zu der größten Kundgebung aus, die man hier bisher erlebte. Besonders stark waren die Landarbeiter vertreten. Etwa 1000 Personen hatten der Aufforderung des Gewerkschaftskartells Folge geleistet. Politisch dominiert hier die SPD. Die Kartell-Leitung ersuchte den zufällig anwesenden Genossen Dümell, das Referat zu der Versammlung auf dem Marktplatz zu übernehmen. Wiederholte Zurufe und Kundgebungen bezeugten, daß der Referent mit seinen Ausführungen den Gedanken und Empfindungen der Demonstranten entsprach. Nach dem Referat empfahl der Kartellvorsitzende, ein SPD-Mann, eine Resolution, in der gesagt wird, daß die Versammelten Proteststreiks als nicht ausreichend betrachten, um den Widerstand der Reaktionäre gegen die Forderungen der Arbeiter zu brechen. Der ADGB. und die drei Arbeiterparteien werden daher aufgefordert, nach Ablauf einer Woche **den Generalstreik auszurufen,** wenn die Regierung bis dahin nicht **die unbedingte Sicherheit** dafür geschaffen hat, daß die von den Spitzenorganisationen aufgestellten **Forderungen restlos verwirklicht werden.**

Die Forderung nach dem Generalstreik wurde mit **stürmischem Beifall aufgenommen.** Nach Annahme der Resolution formierten sich die Demonstranten zu einem Umzug durch die Stadt.

Für die Umgestaltung der politischen Justiz

Bei der letzten Kundgebung der Arbeiterschaft von Celle sprach auf gemeinsamen Beschluß des Gewerkschaftskartells der Genosse Rechtsanwalt Hegewisch. Einstimmig wurde nachstehende Resolution angenommen, die wohl auch die Zustimmung der Gesamtarbeiterschaft finden wird.

Die Celler **Arbeiter, Angestellten und Beamten fordern die Unterzeichner des Berliner Abkommens vom 27. Juni 1922 auf:**

den Reichspräsidenten zu veranlassen, zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit

1. **durch Verordnung den Staatsgerichtshof** nunmehr entsprechend dem Berliner Abkommen vom 27. Juni 1922 zusammenzusetzen und die Zusammensetzung dieses Gerichts **nur im Einverständnis mit dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund vorzunehmen.**
2. **durch Verordnung** eine **Amnestie** entsprechend dem Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses und entsprechend dem Berliner Abkommen zu erlassen, mindestens die **sofortige Unterbrechung der Strafhaft und Untersuchungshaft der politischen Gefangenen der Arbeiterklasse anzuordnen.**
3. **durch Verordnung den Gewerkschaftskartellen polizeiliche Befugnisse** zwecks Verhinderung und Aufdeckung von Taten, die sich gegen die Republik richten, insbesondere das Recht zur **Festnahme** und der Haussuchung zu diesem Zweck zu geben.
4. durch Verordnung den neu zu bildenden **Staatsgerichtshof** für alle Straftaten, bei denen politische Beweggründe in Frage kommen, für zuständig zu erklären, insoweit Arbeiter, Angestellte und Beamte als Beschuldigte in Frage kommen.
5. den **Gewerkschaftskartellen** durch Verordnung die Befugnis zu erteilen, die Untersuchungshaft gegen Arbeiter, Angestellte und Beamte und ihre Vertrauensmänner zu hindern und aufzuheben.
6. durch Verordnung die **sofortige Verhaftung** der Vorstände und Mitglieder sämtlicher im Reiche und in den Ländern verbotenen Organisationen zu verfügen, und zwar unter der ausdrücklichen Bestimmung, daß sie **bis zur Verurteilung der Rathenau-Mörder in Haft zu bleiben haben,** wenn nicht das örtlich zuständige Gewerkschaftskartell zur Haftentlassung seine Zustimmung gibt.
7. die vorstehenden Verordnungen durch Gesetz bestätigen zu lassen, **andernfalls den Reichstag aufzulösen.**

Die Umgestaltung der Justiz und besonders der politischen Justiz ist eine Aufgabe, mit der sich die Arbeiterschaft in diesen Tagen eingehend beschäftigen muß. Sie ist ebenso wichtig, wie die Amnestie, ist sie doch eine Voraussetzung zur Beseitigung der Klassenurteile gegen proletarische Vorkämpfer, deren Opfer die jetzt geforderte Amnestie befreien soll. Die Vorschläge der Celler Arbeiterschaft müssen von den Arbeitern in ihren Versammlungen diskutiert und deren Ausführung gefordert werden.

Erste Reichs-Kinderkonferenz

Dritte Reichskonferenz kommunistischer Kindergruppenleiter

Die Reichszentrale der Kommunistischen Jugend Deutschlands sowie der Kommunistischen Kindergruppen berufen auf allseitigen Wunsch eine Reichskonferenz der kommunistischen Kinder und Kindergruppenleiter für den

22. bis 24. Juli nach Suhl in Thüringen

ein. Die Reichskonferenz findet am Sonnabend, dem 22. Juli, statt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Warum haben wir Kommunistische Kindergruppen?
2. Bericht der Reichszentrale über den Stand der Kindergruppen in Deutschland und international.
3. Unser Kampf in der Schule.
4. Unsere Arbeit in der Kindergruppe:
   a) Organisation,
   b) Presse,
   c) Kampf gegen Schundliteratur,
   d) Roßlandhilfe — Rote Hilfe,
   e) Unsere Verbetätigkeit,
   f) Wanderungen und Spiele.

Aus jeder Kindergruppe können zwei Delegierte an der Reichskonferenz teilnehmen. Für alle übrigen Kinder werden Spiele und Wanderungen veranstaltet.

Die Konferenz der Kindergruppenleiter findet am 23. und 24. Juli statt. Hier ist folgende Tagesordnung vorgesehen.

1. Berichte:
   a) Jugendinternationale,
   b) Reichszentrale.
2. Die Methodik der Kindergruppenarbeit.
3. Die Einheitsfront der Arbeiterkinder.
4. Sexuelle Aufklärung und Erziehung.
5. Kampf in der Schule.
6. Presse und Literatur.
7. Anträge und Verschiedenes.

Die Delegiertenzahl zu dieser Konferenz ist unbegrenzt. Teilnehmen können alle Kindergruppenleiter, sowie sonstige Genossen, wie kommunistische Lehrer, Elternbeiräte und Frauen, die Interesse an der Kindergruppenbewegung haben.

Quartiere in Suhl erhalten nur solche Genossen und Kindergruppen, die ihre Teilnehmerzahl sofort der Reichszentrale der Kommunistischen Kindergruppen mitteilen. (Adresse: Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Stralauer Straße 12, Abteilung Kindergruppen.)

Deutschnationale Mordbuben

Im Preußischen Landtag wurde am Donnerstag festgestellt, daß der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Major Henning nicht nur in den Fällen Runge und Claus Geldgeber für nationalistische Mörder- und Verschwörerorganisationen war, sondern daß er auch einen Mann namens Hörnlein, einen Mitschuldigen am Erzbergermord, unterstützt und finanziert hat, als dieser mit Geld und falschen Papieren ins Ausland geschafft wurde. Hierbei hatte außer Henning auch die deutschnationale Parteileitung in Osnabrück ihre Hand im Spiele. Die Führer dieser Organisationen sind verhaftet worden (Parteisekretär Landwehr und Fabrikant Froembling), während der von ihnen mitbeschuldigte Abgeordnete Major Henning weiter seine monarchisch-deutschnationalen Mordgeschäfte mit Hilfe der Republik betreiben darf.

Staatsgerichtshof und Sozialistenfresser

Die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme" begrüßte unlängst mit größter Freude, daß der Landgerichtsdirektor Dr. Alten aus Frankfurt a. M. zum Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof in Leipzig ernannt wurde. Jetzt muß das sozialdemokratische Blatt entrüstete Zuschriften aus seinem Leserkreise bringen, worin Dr. Alten als „Sozialistenfresser" und „Gewaltmensch" bezeichnet wird. Es sieht den Sozialdemokraten ähnlich, wenn sie solchen Zuwachs der Radbruch-Noske-Justiz als erfreulichen Gewinn buchen, bei der Kriegsverbrecher, Monarchisten und Arbeitermörder frei ausgehen, während die Arbeiter an ihr zugrunde gehen.

Die Reaktion in Ostpreußen

Allensteiner Verhaftung zum Rathenaumord

In Allenstein wurde unter dem dringenden Verdacht der Beteiligung am Rathenaumord der ehemalige Offizier von Oppen verhaftet.

Monarchistenrummel in Bialla

An einer 200-Jahr-Feier der Stadt Bialla, die einen durchaus monarchistischen Charakter trug, nahm als „Ehrengast" der Regierungspräsident von Oppen aus Allenstein teil. Die Vertretung der Republik durch diesen Herrn wird äußerst würdig ausgefallen sein!

Aus der Provinz

Die „Reinigung" in den Schulen

Das Provinzialschulkollegium hat eine ähnliche Verfügung für die ihm unterstellten Schulen erlassen wie der Oberpräsident Hörsing an die Staatsbeamten. Danach dürfen Schulleiter und Lehrpersonen Vereinen, die die Reichs- und Staatsregierung sowie die republikanische Staatsform als solche in Wort und Schrift beschimpfen und verächtlich machen, nicht angehören. Sie haben Versammlungen und Kundgebungen, die eine staatsfeindliche Tendenz haben oder bei denen eine solche zu befürchten ist, fernzubleiben oder, falls unerwartet bei einer solchen Veranstaltung eine staatsfeindliche Tendenz vertreten wird, diese Veranstaltung sofort zu verlassen. Mit der Ehre eines Beamten ist es, so heißt es weiter, falls er dienstlich hierzu nicht verpflichtet ist, nicht vereinbar, Zeitungen und Zeitschriften zu halten, die im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik die jetzige Staatsform verächtlich machen und die Regierung beschimpfen oder verleumden. Jede Bemerkung gegen die bestehende Staatsordnung aber gegen die früheren Regierungen des Reiches oder eines Landes sowie antisemitische Bemerkungen sind im Unterricht und in allen Veranstaltungen der Schule streng verboten. Die Verfügung schließt:

Alle Lehrerpersonen haben die ihnen anvertrauten Zöglinge in staatstreuer republikanischer Gesinnung zu erziehen. Der Aufruf der Reichsregierung sowie die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik einschließlich der Strafbestimmungen hierzu sind vom Standpunkte republikanischer Staatstreue aus in allen Schulklassen eingehend zu besprechen. Die Schulleiter haben den Erlaß des Oberpräsidenten sofort vor versammeltem Lehrerkollegium zu verlesen und für seine Durchführung zu sorgen. Etwaige Verstöße gegen den Erlaß sind dem Provinzialschulkollegium sofort zu berichten.

Der Erlaß des Oberpräsidenten ist auch von den einzelnen Regierungspräsidenten in Magdeburg, Merseburg und Erfurt zur sinngemäßen Anwendung in den Volksschulen herausgegeben worden.

So sieht also die „Reinigung" in den Schulen aus. Die reaktionären Elemente werden weder aus den Verwaltungsbehörden, noch aus den Schulen hinausgefegt. Sie bleiben alle in den Aemtern. Lediglich gewarnt werden sie. Und diese Leute sind ja auch nicht dumm: sie stehen alle auf dem Boden der Republik, sie stehen alle zur Verfassung! Sie wissen schon, wie sie das Ding zu drehen haben, um trotzdem ihre Gesinnung zu propagieren. Da wird irgendein Mäntelchen umgehängt und der Zweck ist derselbe. Na, und was schließlich die Versammlungen und die Organisationen anbelangt, ist das auch nicht schlimm, illegale Arbeit hilft darüber hinweg. Sie sind ja schließlich auch Beamte und haben lebenslängliche Anstellung!

Die Arbeiter haben unter Säuberung und Reinigung etwas anderes verstanden. Sie hatten erwartet, daß all die, die eine reaktionäre oder monarchistische Gesinnung zur Schau trugen (und diese Herrschaften sind alle gut bekannt) von ihren Posten entfernt würden. Und statt dessen? Sie sind alle von vornherein amnestiert. Sie können weiter wirken, nur müssen sie vorsichtiger sein; und sie werden das auch tun. Die Genasführten sind die Arbeiter, die um dieser Forderung willen zweimal demonstriert haben.

Um so mehr besteht die Veranlassung, daß dem letzten Aufruf des Bezirkskontrollausschusses entsprochen wird, damit dieser an Hand von Material die Beseitigung reaktionärer Elemente durchführen kann. Dem Aufruf muß deshalb allseitig Folge geleistet werden.

Die Ausnahmeverordnung gegen links

In Stedten (Kreis Eisleben) hatte unsere Partei am Sonntag eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel anberaumt. Kurz vor Beginn der Versammlung erschien aber im Auftrag des Landrats ein Wachtmeister, um die Versammlung zu verbieten. Trotz des Verbots wurde die zahlreich besuchte Versammlung aber doch abgehalten.

Trotz allen Geschreies, daß durch die Ausnahmeverordnung die Reaktion getroffen werden soll, müssen wir wiederholt feststellen, daß sie sich gegen links wendet. Solange die Reaktionäre noch an ihren Posten sich befinden, und zwar in den unteren bis zu den höchsten Verwaltungsstellen, solange wird eine Aenderung in dem bisherigen System auch nicht eintreten. Die Arbeiter werden deshalb dafür sorgen müssen, daß hier schleunigst Remedur geschaffen wird. Sind sie etwa dafür zum Schutze der Republik eingetreten, daß man ihre Versammlungen verbietet?

Von einem Orgeschritter erschlagen

Aus Groß-Weißand bei Köthen wird uns erst jetzt folgendes mitgeteilt:

Als in der Nacht vom 2. zum 3. Juli der 72jährige Nachtwächter Franz Hohmann vom Rittergut Groß-Weißand, auf dem er 46 Jahre gearbeitet hat, in seiner Wachstube saß, trat plötzlich der „Herr" Oberinspektor Lühr ein. Er schrie den Wächter an: „Na, Ihr schlaft wohl!" Der Wächter bestritt dies, worauf Lühr ihn aus der Stube zerrte und über den Kopf schlug. Der Wächter bat darauf den sauberen „Herrn" Oberinspektor, ihn doch nach Hause zu lassen. Lühr schloß dann auch die Hoftür auf und ließ ihn gehen, um ihn jedoch gleich wieder zurückzuholen, mit dem Bemerken, er solle noch die Ställe kontrollieren. Als er mit dem Wächter im Ochsenstall war, schlug er unmenschlich auf diesen ein. Der Wächter flehte den Lühr an, von ihm abzulassen. Da sagte dieser: **„Warte nur, du Kröpel, ich will dir schon!"** Darauf schleppte er den Wächter bis vor den Schweinestall, wo er ihn **niederschlug und auf ihm herumtrat. Er ließ den Hohmann dann bewußtlos in der Jauche liegen.** Dort lag dieser von ½2 bis ¼4 Uhr, wo ihn die Geschirrführer, die zum Füttern kamen, halbtot auffanden. Der hinzugezogene Kreisarzt stellte zahlreiche **Knochenbrüche, zertretene Badenknochen und ein ausgetretenes Auge** fest. Am Dienstag erlag Hohmann seinen Wunden.

Als die Polizei benachrichtigt worden war, verschwand Lühr. Der Mörder hatte genügend Zeit bekommen, um zu verschwinden. Am Donnerstag fragte Lühr telephonisch von Halle, wohin er geflüchtet war, in Groß-Weißand an, was Hohmann mache. Als er zur Antwort erhielt, daß Hohmann tot sei, sagte er: „Dann bin ich dran." Noch an demselben Abend hat er sich dann in Halle erhängt.

Der Vorfall ist ein sprechendes Beispiel, wie die Agrarier mit ihren Leuten umspringen. Wir haben schon des öfteren Mitteilungen veröffentlicht, nach denen die Herren Ritter vom Ar und Halm „ihre" Arbeiter mit Reitpeitschen und sonstigen Gegenständen behandeln, ja selbst mit Schußwaffen, die bei diesen Orgeschbanditen immer da sind, „bearbeiten" sie ihre Leute. Dazu die grobartige Bezahlung. Und dann wundert man sich über die Leutenot auf dem Lande! Es scheint dringend notwendig, daß durchgreifende Schutzmaßnahmen für Landarbeiter getroffen werden.

Lohnerhöhung für Landarbeiter

Die Lohnverhandlungen in der Landwirtschaft sind zu einem Ergebnis gelangt. Die Landarbeiter erhalten, wie der DVV. bekanntgibt, eine durchschnittliche Zulage von 50 Prozent. Die Lohnerhöhung wurde mit Stimmenmehrheit unter der Bedingung beschlossen, daß wegen des geringen Zugeständnisses der Arbeitgeber **sofort neue Forderungen** eingereicht werden. Die Entscheidung über die endgültige Annahme des Zugeständnisses liegt in den Händen der Landarbeiter. In den nächsten Tagen wird den Kollegen der ausführliche Bericht über den Verlauf der Verhandlungen durch die Kreisleitungen erstattet.

Daran kann man ermessen, wie gering die Landarbeiter entlohnt werden. Andere Arbeiter würden heilfroh sein, wenn sie einmal 50 Prozent Lohnerhöhung bekämen. Die Landarbeiter sind aber immer schon mit Bettelpfennigen abgespeist worden, so daß die Löhne um das Mehrfache aufgebessert werden müßten. Durch diese Meldung wird aber auch bestätigt, daß wir mit unserer Kritik recht hatten. Dafür sind wir aber stets von der Leitung des DVV. angepöbelt worden.

Der Landarbeiterstreik beendet

Aus Anlaß der in verschiedenen Orten des Kreises Bernburg ausgebrochenen Landarbeiterstreiks trat Dienstag abend die für die Kreise Bernburg, Köthen und Ballenstedt von den landwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gebildete Bezirksarbeitsgemeinschaft unter dem Vorsitz des Kreisdirektors Günther zu einer schleunigen Sitzung zusammen, der es dann auch nach etwa dreistündiger Beratung gelang, den Konflikt beizulegen. Wenn auch den Arbeitern zugute gehalten wurde, daß sie sich infolge der unzureichenden Entlohnung in einer Notlage befanden, so mußte aber doch zugegeben werden, daß sie sich zu einem wilden Streik haben hinreißen lassen, für den auch der Landarbeiterverband die Verantwortung ablehnen mußte. Nach dieser Feststellung erklärten sich die Arbeitgeber bereit, im Hinblick auf die am 7. Juli von dem Tarifamt in Halle zu beschließende Lohnerhöhung einen Vorschuß zur Verrechnung zu zahlen und zwar für die männlichen Arbeiter mit einem eigenen Hausstand in Höhe von 300 M. und für alle übrigen Arbeitnehmer in Höhe von 100 M. Streikmaßregelungen aus Anlaß dieses Streiks finden nicht statt. Die Arbeit ist sofort wieder aufzunehmen.

Die Landarbeiter aus den drei Kreisen dürfen sich jedoch nicht in der Hoffnung wiegen, daß sie von ihren „Herren" solche Zulagen erhalten, daß sie ihre Familien damit erhalten können. Die Agrarier werden freiwillig nie etwas bewilligen, sondern nur gezwungen durch den geschlossenen Kampf der Landarbeiter. Der Dollar steigt. Die Löhne sinken gewaltig. **Landarbeiter, rüstet zum Kampf. Die Erntezeit naht!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220710-13/fragment/page=0003

Unsere Trägerinnen kassieren

in den kommenden Tagen den Abonnementspreis für Juli ein und beträgt derselbe einschließlich des Botenlohns 30 Mark. Wir bitten, den Trägerinnen durch Bereitlegung des Betrages die Einkassierung zu erleichtern.

„Rote Hilfe"

39. Quittung der Bezirksleitung über eingegangene Gelder.

Sammlungen: Stammtisch „Lustige Brüder", Rockendorf, 100 Mk., Reichswerbetag, Reichshalle-Zeitzch, 110 Mk., Vergnügen des Landarbeiterverbandes, Ortsgruppe Querfurt, 200 Mk., Reviertartell Geiselthal, Ortsgruppe Mücheln, 500 Mk., Arbeiterradfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Bruckdorf, 160 Mk., Ungenannt, Halle, 35 Mk., Holzarbeitervergnügen, Wittenberg, durch Genossen Budzko 119 Mk., Fußballklub „Sportfreunde", Kl. Wittenberg-Piesteritz, 173 Mk., 4 Verwaltungsmitglieder des Schuhmacherverbandes Weißenfels 40 Mk., durch Genossen Klinge gesammelt auf der Baustelle, Halle, 200 Mk., Arbeiter des Mansfelder Tonwerkes durch Genossen O. Thieme 100 Mk., Genossen Vetter und Quering, Delitzsch, 40 Mk., Genosse Richter, Benndorf, 30 Mk., Arbeitersportfest Kl. Wittenberg-Piesteritz 205 Mk., Trebnitz bei Crossen 201,50 Mark, Ortsgruppe Rasberg 7 Mk., Strafgelder vom 1. Mai 268 Mark, Belegschaft der Firma Alwin Taatz, Halle, 351 Mk., Genosse Th. Holzmann, Leuna, 20 Mk., Stammtisch „Freiheit", Halle, 60 Mark, Ortsgruppe Wolfen durch Genossen Keller 400 Mark, Arbeiterradfahrverein Nietleben 100 Mk., gesammelt am 24. Juni im „Volkspark", kleiner Saal, 485,50 Mk., gesammelt am 25. Juni im großen und kleinen Saal des „Volkspark" 187,35 Mk., Genosse W. Wennecke, Halle, 50 Mk., Union d. Hand- u. Kopfarbeiter, Unterbezirk Halle, d. Gen. O. Härtel 215 Mk., Maifeier Querfurt 87 Mk., Bannerweihe des Radfahrvereins „Solidarität" Kretzschau durch Gen. A. Geißler 307 Mk., Kassiererprozente vom Gen. Seidel, Querfurt, 12 Mk., Bauarbeitervergnügen Wittenberg 240 Mk., gesammelt auf der Baustelle Barnstedt durch Genossen A. Recke 110 Mk., Genosse Kannegießer, Halle, 9 Mk., gesammelt auf der Wanderung durch den Genossen Vogelsberger, Piesteritz, 62 Mk., Genosse Schiebi, Neumark, 30 Mk., Firma Wegelin u. Hübner, Werk III, Abteilung Seifert, 261 Mk., Versammlung Blankenheim 53 Mk., von dem Amtsvorsteher Dederstedt erstattete Kosten in Sachen der Hebamme Franke 190 Mk., Arbeiterturnverein Queis 156 Mk., Versammlung Wolfen 414 Mk., Ungenannt, Merseburg, 5 Mk., Extratour des Radfahrvereins „Solidarität" Schmiedeberg 163 Mk., Extratour des Arbeiterradfahrvereins Gröben 164,45 Mk., Dachdeckervergnügen Wittenberg 93 Mk., Fußballklub „Sport-Lust", Halle, 110 Mk., Arbeiterrauchklub „Havanna", Maschwitz, 131 Mk., Bauarbeiter Mühlberg 200 Mk., gesammelt beim Stafspielen am 23. Juni durch Genossen F. Weznicke, Helbra, 140 Mk., von drei Stafspielern Bau 7 des Leunawerkes 55 Mk., Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Diesau, 100 Mk., Grube Alpine, Bruckdorf, 300 Mk., Verl. a. 27. Juni, Annaburg, 576,50 Mk., Sportkartell Holzweißig 115,50 Mk., Gen. K. Kaufmann, Dürrenberg 50 Mk., Ungen., Weißenfels, 50 Mk., Brauereis- u. Mühlenarbeiter, Torgau, 15 Mk., Ungenannt, Berlin, durch Genossen Menzel (Halle) 50 Mk., Ortsgruppe Muschwitz, Mitgliederversammlung, Gostau 250 Mk., Arbeiter der Firma K. Listing, Wolfsfreunde, Eisleben, 90 Mk., Genosse Paul Steinditz, Wimmelburg, 6 Mk., Arbeiterradfahrverein Weißenfels 326,40 Mk., gesammelt bei der silbernen Hochzeit des Genossen Hermann Mörs, Halle, 90 Mk., Ungenannt, Wittenberg, 20 Mk., Ungenannt, Zahna, 30 Mk., Arbeitersportfest Wittenberg 300,90 Mk.

Marken: Ortsgruppe Dammendorf 35 Mk., Ortsgruppe Düben 25 Mk., 8. Distrikt Halle, 10 Mk., 6. Distrikt 270 Mk., Hugo, Halle, 150 Mk., Ortsgruppe Helbra 5 Mk.

Karten: Ortsgruppe Merseburg 112 Mk., Ortsgruppe Schmiedeberg 24 Mk.

Listen: Liste Nr. 22, Tischlerei der Firma Wegelin u. Hübner, 255 Mk., Liste Nr. 7 und 8, Verband der Fabrikarbeiter Mühlberg, 206,50 Mk., Liste Nr. 10 und 3, Ortsgruppe Mühlberg, 259 Mark, Liste Nr. 6586 durch Genossen Fiedler, Raßnitz, 112 Mk.

Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD., Abteilung II.

Freiroda

Feuer brach infolge Selbstentzündung von Farbstoffen am Freitagmittag im Sachsen Wohnhaus aus. Dem schnellen Zugreifen der Nachbarn ist es zu danken, daß bei Eintreffen der Feuerwehr die größte Gefahr bereits beseitigt war. Ein Glück, daß es nicht Nacht war, da durch die entstandenen Gase und die starke Rauchentwicklung Menschenleben in Gefahr waren, da gerade die Treppe vom Feuer gefaßt worden war. Der Vorfall mag eine Warnung sein, leicht entzündbare Stoffe an warmen Stellen aufzubewahren.

Bitterfeld

Schulung der Betriebsräte. Der Kursus III (Gutmann) wird am 13. Juli, nachmittags ½6 Uhr im Stadtverordnetensaal fortgesetzt. (Haftung für Handlungen der Betriebsräte.)

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale. Vollversammlung der Betriebsräte, Mittwoch, den 12. Juli, nachmittags ½6 Uhr im Restaurant „Bürgergarten". Tagesordnung: Bericht vom Gewerkschaftskongreß. Ref.: Kollege Kaulfers (Magdeburg). 2. Verschiedenes.

Gruppenversammlung Baugewerbe. Dienstag, den 18. Juli, 5 Uhr, im Restaurant „Bürgergarten". Die wirtschaftliche Lage. Referent: Kollege Kirske.

Ortsausschuß des ADGB. Die Arbeitnehmervertreter des Vorstandes und des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bitterfeld haben sich zur Vorbesprechung am Dienstag, dem 11. Juli, abends 6 Uhr, im Restaurant „Bürgergarten" einzufinden. — Sitzungsdes Kartellvorstandes Mittwoch, den 12. Juli, abends 7 Uhr, im Bureau der Maschinisten und Heizer.

Sport

Sport-Kartell. Dienstag, den 11. Juli müssen die Vereine vom Reichs-Arbeiter-Sportlag abrechnen. Weiter findet am Dienstagabend 8 Uhr in der „Goldenen Kette", Alter Markt, eine Besprechung zum Gewerkschaftsfest statt, das am 16. Juli stattfinden soll. Die Vereine müssen alle vertreten sein.

Fußballabteilung „Fichte". Spielresultate: Fichte I.—Holzweißig I. 4:1 und Fichte II.—Holzweißig II. 3:1.

FSV. „Minerva". Morgen, Dienstag, den 11. Juli, abends 7 Uhr, findet auf dem Sandtager (Viktoriaplatz) der Revanchekampf Viktoria I.—Minerva I. statt. Bekanntlich konnte Viktoria kürzlich mit einem 3:2-Sieg landen. Die Mannschaft ist jetzt durch gute Kräfte aufgefüllt, so daß Viktoria eine beachtenswerte Mannschaft ins Feld stellt. Minerva tritt seit einem Vierteljahr wieder mit voller Mannschaft an, so daß ein spannendes Spiel zu erwarten ist. Die Chancen für den Sieger sind völlig offen. Arbeitersportler und -Freunde kommt am Dienstag zahlreich nach dem Sandtager.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Konrad Finkelmeier; für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14. Abtlg. Verlag Klassenkampf

Lerchenfeldstraße 14!

Das ist die Trutzburg der mitteldeutschen Arbeiterschaft, wo in der Produktiv-Genossenschaft der „Klassenkampf" hergestellt wird. Werde Mitglied dieser Arbeiter-Genossenschaft.

K.P.D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Erweiterte Funktionäre. Donnerstag, 13. Juli, abends 8 Uhr: **Sitzung** im Restaurationssaale des „Volksparks". Referent: Genosse Katz (Berlin). Alle Ressortvertreter, für kommunale Angelegenheiten, sowie alle Stadtverordneten müssen erscheinen.

Distrikt 6. Dienstag, 11. Juli, abends 7 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Funktionärsitzung.** Wichtige Tagesordnung. Alle Hundert- und Zehnerschaftsführer müssen erscheinen.

Distrikt 9a. Mittwoch, den 12. Juli, abends 7½ Uhr, treffen sich die Zehner-, Hundertschaftsführer und Oderetrupp in Loefts Hof zu einer **wichtigen Sitzung.**

Halle-Saaltreis.

Nietleben. Dienstag, 11. Juli, abends 8 Uhr, in der „Sonne": **Mitgliederversammlung.**

Teicha. Dienstag, 11. Juli, abds. 8 Uhr, im Gottschalkschen Lokale zu Löbnitz: **Mitgliederversammlung.**

Zscherben. Mittwoch, 12. Juli, abds. ½8 Uhr, im Lokal Bolze: **Oeffentliche Elternversammlung.** Thema: „Schule und Religion".

Reideburg. Dienstag, den 11. Juli, abends Punkt 7 Uhr, in der „Linde": **Funktionärsitzung.**

Kreis Wittenberg.

Wittenberg. Dienstag, 11. Juli: **Frauenabend.** Vortrag: „Karl Marx."

Kreis Bitterfeld.

Holzweißig. Dienstag, d. 11. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Häßer: **Mitgliederversammlung.**

Holzweißig. Mittwoch, 12. Juli, abds. 8 Uhr, im Häßerschen Lokale: **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: „Arbeiter, was müßt Ihr jetzt tun". Referent: Genosse Sachse.

Zschornewitz. Mittwoch, 12. Juli, abds. 7 Uhr, im Gasthaus „Zur Kolonie": **Oeffentl. Versammlung.** Thema: Reichs- oder Linkskoalition — ihre Bedeutung für das Proletariat. Referent: Genosse Joh. Schmidt. — Vorher, pünktlich um 6 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Zeitz.

Zeitz. Dienstag, 11. Juli, abends 7½ Uhr, im Restaurant Wagner: **Frauenversammlung.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Dienstag den 11. Juli 1922 abends ½8 Uhr, im **Volkspark**

Große öffentliche Volksversammlung

Thema: 2840

Proletarischer Klassenkampf und die Republik.

Massenbesuch erwarten

Kommunist. Arbeiter-Partei. Kommunist. Arbeiter-Jugend. Allgem. Arbeiter-Union.

Licht-Spiele

Täglich der große Erfolg!

Persönliches Auftreten von: **Walter Fornes, Vera Schreiber** und **Heinz Strehlen** in:

Der Mann mit der schwarzen Maske.

In 2 Film- und 2 Bühnenteilen.

Außerdem:

Der aufsehenerregende **Kriminal-** und **Sittenfilm:**

Frauen, die die Ehe brechen.

Ferner: **„Er", Harald Loyd** in seinem ersten Lustspiel:

Er kennt in der Liebe keine Grenzen.

2845

Im Herzen der Stadt

Bitte genau auf Straße und Nummer zu achten.

Ich zahle

für

Lumpen	Kilo Mk.	4,00 bis 4,50
Schmiede- u. Brockeneisen	„ „	3,50 bis 4,00
Maschinenguß I	„ „	4,50 bis 5,00
Bücher u. Zeitung. (gebund.)	„ „	6,00 bis 6,50
Altpapier	„ „	3,00 bis 4,00
Strickwolle	„ „	18,00

Altmetalle

Kupfer, Rotguß, Blei, Zink

höchste Tagespreise

genau wie jede Konkurrenz.

Außerdem kaufe ich Weinflaschen und Felle.

Rohprodukten-Zentrale Albin Schondorf

20 Lauchstedter Str. 20

Hauptgeschäft

11 Georgstraße 11

Filiale I. 2842

Geschäftszeit von früh 8 Uhr bis abends 6 Uhr.

Fabrik- und Fuhrwerkswaage

Kostenlose Abholung.

Werbt für die Prod.-Genossensch.

300 Mk. zahlen wir, wenn nicht sofort **Ekolda** Frische **Läuse, Wanzen,** vernichtet. — (Brut) Schaben, Motten, Holzwurm, Ratten, Mäuse. — Zu haben bei: Drogerie Ballin, Leipziger Str. 63; Drogerie Fiedler, Freiimfelderstr. 19; Germania-Drogerie, Gr. Ulrichstr. 51 (Kaiserstraße); Drogerie Holländer, Alter Markt 4; Hallmark-Drogerie Klaus, Dreyhauptstr. 2; Königs-Drogerie, Kreyer, Lindenstraße 55; Drogerie Ott, Steinweg 26; Neumarkt-Drogerie Schulze, Bernburger Straße 32; Medizinal-Drogerie Otto Nachfolg., Gr. Steinstraße 33; Löwen-Drogerie Truse, Giebichenstein, Kohlschütterstr. 1. — Ausschneiden. *566

Möbel jeder Art

empf. in großer Auswahl

G. Schalble

Möbel-Fabrik

Große Märkerstr. 26 am Ratskeller. 459

Restaurant Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S.,

Lerchenfeldstraße 14

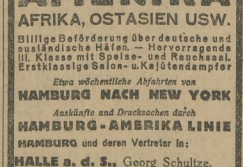
empfiehlt seinen kräftig.

Mittag- und Abendtisch.

Bier: Glas 5 Mk.

Schulbücher, Schreibwaren, Schultafeln usw.

empfiehlt die **Volksbuchhandlung. Harz 42/44.**



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC

Nach

NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-

AMERIKA

AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer

Etwa wöchentliche Abfahrten von

HAMBURG NACH NEW YORK

Auskünfte und Drucksachen durch

HAMBURG-AMERIKA LINIE

HAMBURG und deren Vertreter in:

HALLE a. d. S., Georg Schultze, Bernburger Straße 32.

Für Markensammler!

Russische Briefmarken.

Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Eisleben.

Arbeitsamt Eisleben.

Herrenstraße 10. Fernsprecher 131.

Gewerbliche Abteilung (Herrenstraße 10).

a) **Arbeitsuchende:** Buchbinder, Bureaugehilfen u. Kontoristen (jg.), Chauffeur (verh.), Fleischer (led.), Invaliden f. l. Arbeit, Lithograph und Zeichner, Polierer und Dekorateur, Sattler (selbständig), Stellmacher.

b) **Offene Stellen:** Bäcker, Berg- u. Hüttenarbeiter, älterer Buchhalter (ausw.), Dachdecker, Dreher, Friseure, Holzbildhauer, Heizungsmonteure, Hutmacher, Maler, Maurer, Schneider, Schmiede, Schlosser (ält.), Stellmacher, Tischler.

Landwirtschaftl. Abteilung (Herrenstr. 10):

a) **Arbeitsuchende:** Aufseher, Flurhüter, Hofmeister, Geschirrführer (verh.), Gutsstellmacher (verh.), Gutsschmiede (verh.), Gutszimmermann (verh.), Tagelöhner (verh.), Schweizer (verh.), Schäfer (verh.), Schulerlehrling, Obergärtner (verh.), Gärtner (verh.)

b) **Offene Stellen:** Burschen für alle landwirtschaftliche Arbeiten, Unterschweizer, Eleven, oder jüng. Verwalter, Knechte, led., (dringend), Knechte und Tagelöhnerfamilien (verh.), mit gr. Familie, erwachs. Kindern, Schnitter ohne Fam. Landarbeiterinnen.

Abteil. Lehrlinge (Landratsamt, Zimmer 6).

a) **Stellensuchende:** Maurer, Optiker, Schlosser, Schuhmacher, Zimmerer.

b) **Offene Stellen:** Bureaulehrling, Bäcker, Dachdecker, Drogenlehrling, Friseure, Gerber, Gärtner, Holzbildhauer, Installateure, Klempner, Maler, Polierer und Dekorateur, Sattler, Schmiede, Schneider, Schornsteinfeger, Tischler.

Weibliche Abteilung (Plan 7, Zimmer 4).

a) **Arbeitsuchende:** Bureaugehilfinnen, Frau zum Ausbelfern, Krankenpflegerin, Lehrmädchen für Geschäft, Plätterinnen, Verkäuferin, Waschfrauen. 394

b) **Offene Stellen:** Aufwartungen, Dienstmädchen aller Berufsgruppen, Flaschenspülerin, Hausmädchen für Güter, Küchen-, Haus- und Zimmermädchen für Hotels im Harz, Küchenmädchen für Güter, Köchin für Privat, 1 Kaffeefischin und 1 Beifischin für Kurhaus im Harz, Mädchen für Stallarbeit, Mamsells für Güter.

Wittenberg.

Bekanntmachung.

Infolge der ständig steigenden Kohlen- und Mehlpreise:

Roggenmehl 900—1000 Mk.
Weizenmehl 1450—1500 „

pro Zentner, treten vom **Montag, den 10. Juli 1922** an folgende Preise in Kraft:

1 markenfreies Brot (1900 Gr.) Mk. 30,00
1 markenfreies Brötchen . . Mk. 1,50

Backlöhne:

1 nasser Kuchen	Mk.	6,00
1 trockener Kuchen	„	5,00
1 Napfkuchen .	„	5,00
1 Pfd. Stollenteig	„	1,25
1 Pfd. Brotteig	„	0,80

Die Bäckerinnung zu Wittenberg. 744

Bekanntmachung.

Zum Handel und Ankauf von Kartoffeln ist ab 1. August 1922 eine besondere Erlaubnis erforderlich. Anträge auf Erteilung der Erlaubnis sind daher umgehend bei uns zu stellen.

Eisleben, den 5. Juli 1922. 395

Die Polizeiverwaltung.
J. V.: Dr. Maltsgott.

Bekanntmachung.

Die Schweinepest unter den Schweinen Petrikirchplatz 25 ist erloschen.

Eisleben, den 3. Juli 1922.

397 **Die Polizeiverwaltung.**
J. V.: Dr. Maltsgott.

Werbt für die Produktiv-Genossenschaft.

Mädchen, für den ganzen Tag, sucht 396 **Frau Wille,** Sangerhäuser Str. 22.

Waihalla. Letzte Woche. Allabendlich 8 Uhr: Große Vollsvorstellung mit all. Sensationen. Auf allen Plätzen halbe Preise.

Stadttheater

Dienstag, d. 11. Juli, Anf. 7½, Ende 9¾ Uhr: **Willis Frau.** Ein heit. Familienstück v. Reimann u. Schwartz. Mittwoch: 2841 **Der Coongelmann.**

Leipziger Straße 68. Fernruf 1224. **UT** **Alte Promenade 11a** Fernruf 5738.

Der große Erfolg: **Geheimbund-Sklaven.** I. Teil: Dinge zwischen Himmel und Erde. — 5 Akte. —

Der große Erfolg: **Prinz und Bettelknabe.** Schauspiel in sechs Kapiteln.

In Wahn und Wirren. 2844 Der Roman einer unglücklichen Frau. Tiefergreif. Drama in 5 Kapiteln.

Baroneßchen auf Strafurlaub. Entzückendes Lustspiel in 2 Akten.

Halle im Film. II. Teil. Aufnahmen von Halle.

Beginn 4 Uhr.

Piesteritz.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich der Beerdigung unserer lieben Frau und Mutter **Anna Strube** sagen wir hierdurch allen herzlichsten Dank. Besonders Dank dem Arbeiter-Geselligkeitsverein „Einigkeit" und der Schicht Reihe des Stückofenwerkes.

Piesteritz, den 8. Juli 1922. 743

Herbert Strube nebst Tochter **Herta.**

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220710-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 10. Juli 1922

Falscher Alarm

In der Oeffentlichkeit wird ein Gerücht kolportiert, daß ein neuer Demonstrationsstreik beabsichtigt sei. An diesem Gerücht ist nichts wahr. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, in dieser Zeit Gerüchten keinen Glauben zu schenken und abzuwarten, welche Anordnungen von uns gegeben werden.

Der Bezirkskontrollausschuß.

Die Bourgeoisie unter sich

Beiträge zur Charakterisierung der Lage.

Abgeordneter Dr. Schreiber im Thaliasaal am 7. Juli: „Die Politik der Deutschen Volkspartei besteht in einem unverständlichen Schwanken. Der einzige vernünftige Mann der DVp. ist Frau von Oheimb."

Es ist lächerlich, daß die Mitte jetzt (wo es längst zu spät ist) von der Rechten abrücken möchte. Was soll die Ermahnung zu Ruhe und Frieden (nach dem Rathenaumorde)? Sie müßten doch wissen, daß dies nicht anders ist, als eine weitere Festigung der Mordreaktion. Die Mitte hat eben vollständig versagt!

*

Berliner Tageblatt Nr. 302 (29. Juni): „Plötzlich kam ein großer Gestank auf die Himmelstür zu und Petrus fragte: „Was ist das? Es wurde ihm geantwortet, das sei Rathenau. **Bravo riefen die Engel, hoffentlich kommt Wirth auch bald!"** (Bierrede des Studenten Stolz in Karlsruhe.)

Eine solche unerhörte Roheit und ethische Sumpfsphäre muß das Proletariat erneut darin bestärken, daß es einen Kampf für Licht und Menschlichkeit führt. Solche Barbarei zeigt die vollständige Lebensunfähigkeit der reaktionär-akademischen Kreise und bringt das Proletariat zu immer stärkerer ethischer Selbstbesinnung (wie es wunderbar Paul Frölich auf der Jenaer Pfingsttagung der KJ sagte: . . . Erst muß die Austilgung der Knechttätigkeit in uns selber vollzogen sein . . . .

Im Wirtschaftsamt der Hallischen Studentenschaft verkauft man jetzt Gummiknüppel (Stück 60 Mk.) zur Niederschlagung der Arbeiterschaft (—und redet von der wirtschaftlichen Not der Akademiker.) Ein ganz geringer Kreis von Studierenden hat dem Rektor eine (sicherlich erfolglose) Beschwerde geschickt. Es sind keine ausgesprochen revolutionären Studenten, bemerkenswerterweise zumeist Mitglieder der SAG. (Soziale Arbeitsgemeinschaft Sigmund-Schulze.) Ihre verschwindend geringe Zahl innerhalb der unverbesserlichen Monarchisten wird sie zu der Erkenntnis führen, daß das Programm der kommunistischen, der einzigen revolutionären Partei ihre Sehnsucht nach reinem Menschentum kristallklar in sich trägt.

Hinweg mit den monarchistischen Beamten!

Als am Dienstag, dem 4. Juli, das Kreistelegramm Nr. 55 des Postministers Giesberts ausgehängt wurde, wonach der Bureau- und Werkstättendienst ab 1 Uhr nachmittags zu ruhen habe, das Verkehrspersonal nach Möglichkeit beurlaubt werden soll, gingen mehrere Angestellte zu den Dienststellen, um sich beurlauben zu lassen. Der bekannte Postdirektor Apelt (ein Kriegsbeschädigten-„Freund") war anderer Meinung, als der Minister der deutschen Republik. Er sagte: **„Es bekommt keiner frei, wer Nachmittag nicht zum Dienst erscheint, wird morgen früh fristlos entlassen."** Durch Einsetzen des Deutschen Verkehrsbundes und der Betriebsräte beim Präsidenten der OPD. war es möglich, den Aufrepublikaner eines anderen zu belehren.

Ein anderer Fall: An der Bekanntmachungstafel vom VBA. hängt der Aufruf des Verkehrsbundes zur Teilnahme an der Demonstration für die Republik und von 1 Uhr nachmittags an die Arbeit ruhen zu lassen, also das, was der Minister in seinem Kreistelegramm sagt. Trotzdem erlaubte sich der Telegraphendirektor Brick, diesen Aufruf abzureißen und dem Betriebsrat Vorwürfe zu machen, daß dieses eine ganz politische Sache sei, welche nicht an die Tafel gehöre. Derselbe Herr hat aber einen andern Aufruf mit unterzeichnet, der heute noch an verschiedenen Stellen aushängt, worin aufgefordert wird, zur Teilnahme an der Demonstration am 28. Juni insgemein mit dem Stahlhelm zu demonstrieren. Dieser Aufruf trägt aber kein amtliches Sichtvermerk. Trotzdem verlangte Herr Brick von dem Betriebsrat, daß er alle Aushänge vorher sehen müsse. So stützen die Postbeamten die Republik, von der sie bezahlt werden. Im Jahre 1920 stand er auch hinter dem Kappminister Sönksen. Bei der Postverwaltung ist ein weites Arbeitsfeld, das von den monarchistischen Beamten gesäubert werden muß.

Die Jugend gegen die Reaktion

Am Mittwoch fand im „Volkspark" eine Zentral-Mitgliederversammlung der Kommunistischen Jugend statt, die zu den letzten Ereignissen Stellung nahm. Nach einem Referat des Genossen Plättner wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der Kommunistischen Jugend, Halle, erklärt die Taktik der Parteiinstanzen zu der Ermordung Rathenaus für richtig. Die Mitglieder sind bereit, auf diesem Wege gemeinsam Schulter an Schulter mit der Partei zu kämpfen.

Die Kommunistische Jugend, Halle, fordert die sofortige Auflösung aller militärischen Jugendorganisationen, Pfadfinder, Jungdo usw. und aller nationalistischer Verbände, die gegen die Republik arbeiten; Ausschluß der Vertreter nationalistischer und monarchistischer Jugendverbände aus den staatlichen Institutionen; Verbot aller Jugendzeitschriften, die zur nationalistischen und monarchistischen Verhetzung dienen; Befreiung aller jugendlichen und erwachenen politischen Gefangenen, die im Interesse des Proletariats gegen die Reaktion gekämpft haben; Durchführung dieser Forderungen unter Kontrollorganen jugendlicher und erwachsener Arbeiter."

Wer sprengt die Einheitsfront?

Da die proletarische Einheitsfront, die sich gegen die nationalistischen Mordbanden gebildet hat, nicht nach dem Geschmack der Zentralleitungen sowohl der SPD. wie auch USPD. ist, versuchen sie jetzt mit allen Mitteln die Kommunisten von den gemeinsamen Beratungen auszuschalten. In Berlin hat man eine Nichtunterzeichnung eines Aufrufs, der sich trotz der Einheitsfront im besonderen gegen die Kommunisten wandte, zum Anlaß genommen, die kommunistischen Vertreter nicht mehr zu den gemeinsamen Beratungen hinzuzuziehen. Man schiebt die Sache jetzt auf ein anderes Gleis und will glauben machen, daß wir uns nicht mit Entschiedenheit gegen die Provokateure gewandt hätten. Daß wir mit aller Schärfe gegen irgendeine Provokation vorgegangen sind, muß selbst das rechtssozialistische Blatt in Halle feststellen, indem es nach der Demonstration am Dienstag, dem 27. Juni, schreibt:

„Es muß gesagt werden, daß sich die Anhänger der KPD. an diesen Widerwärtigkeiten nicht beteiligten. Die Genossen Schumann und Schnetter versuchten im Verein mit unseren Genossen, mit aller Kraft diesem Treiben Einhalt zu tun. Es nützte jedoch alles Mahnen nichts! Die Provokateure waren gut verteilt und eifrig am Werke!"

Die Arbeiterschaft muß jetzt die Dinge sehr aufmerksam verfolgen. Man will die lästigen Kommunisten, die die anderen auf die Durchführung der von ihnen selbst unterschriebenen Forderungen aufmerksam machen, jetzt wieder gern los werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ihnen jedes Mittel recht.

Der Kampf im Gastwirtsgewerbe

Die Lohnkommission der gastwirtschaftlichen Angestellten teilte uns auf die von den Wirten gebrachten Aufrufe und Eingesandts in bürgerlichen Blättern mit, daß alle darin enthaltenen Behauptungen nicht den Tatsachen entsprechen und nur den Zweck haben, die Einwohnerschaft von Halle mit bewußten Lügen irrezuführen. So wird zum Beispiel behauptet, daß die Kellner außer ihrer Entlohnung noch das gleiche an Trinkgeldern verdienen. Noch nie hat ein Hallischer Kellner, wenn er durch hiesige oder auswärtige Gäste befragt worden ist, ob die Entlohnung eingerechnet ist, das Gegenteil gesagt und Trinkgeld verlangt. Ferner werden seit dem 1. April 1919 nur 2000 Mark im Monat garantiert und nicht, wie in dem Wirte-Inserat steht, daß die Kellner eine den Zeitverhältnissen Rechnung tragende Garantiesumme bekommen. In den meisten Städten mit Bedienungsgeld sind die Unternehmer dazu übergegangen, von dem Bedienungspersonal noch 2 bis 5 Prozent von der zehnprozentigen Trinkgeldentlohnung abzuverlangen, um das übrige Personal, wie Köche und Hilfspersonal, zu bezahlen. In den Preisen für Speisen und Getränke sind die Löhne für dieses Personal bereits eingerechnet. Die Hallischen Wirte behaupten, sie wollen die Preise herabsetzen; ihr Syndikus Geisthardt erklärte aber bei den Verhandlungen mit den Angestellten, daß eine Erhöhung der Verkaufspreise eintreten muß und daß das Bedienungsgeld hinzugerechnet werden muß. Wenn weiter behauptet wird, daß es Kellner gibt, die 15 000 Mark monatlich verdienen, so trifft das für Halle nicht zu. Es wird den Herren unmöglich sein, den Beweis für diese Behauptungen anzutreten. Wir dagegen können nachweisen, daß die Wirte im großen und ganzen mit einem Verdienst von 100 Prozent rechnen, und daß die Generalspesen höchstens 25 Prozent betragen. Die Hallischen Wirte haben in Wirklichkeit gar kein Interesse an der Trinkgeldbeseitigung; sie wollen die bisher einkalkulierten Löhne, die im verflossenen Monat Juni bei 500 Kellnern etwa 1½ Millionen Mark betrugen, in ihre Tasche stecken, um dann ihre teuren Badereisen, Autos, Jagden und sonstigen Schlemmereste zu bestreiten. Weitere Einzelheiten zur Aufklärung des Publikums behalten wir uns noch vor.

Arbeiter!

Ihr wollt, daß die reaktionären Beamten, Lehrer, Offiziere entlassen werden.

Ihr wollt, daß die monarchistischen Führer verhaftet werden.

Ihr wollt, daß die reaktionären Organisationen aufgelöst und ihre Veranstaltungen verboten werden.

Die Behörden, die es tun sollen, sind selbst reaktionär. Sie sabotieren Eure Forderungen.

Wir müssen sie zwingen!

Für jeden einzelnen Reaktionär müssen wir die Beweise erbringen, was er gesprochen hat, welchen Organisationen er angehört, seine einzelnen konterrevolutionären Handlungen müssen wir kennen. Dann können wir Eure Forderungen erzwingen.

Helft uns!

Jeder Name, jede Kleinigkeit ist wichtig. Achtet auf alles und meldet alles sofort an Eure Parteileitung!

Arbeiter!

Wir können die Reaktion nur wirksam bekämpfen, wenn wir genau wissen, was in ihr vorgeht. Nutzt jede Gelegenheit, die sich Euch bietet, um etwas zu erfahren.

Die Augen auf!

Zusammenschluß der Arbeiter-Radler

Die eingesetzte Kommission hat nach Aussprache beider Parteien festgestellt, daß nichts vorhanden ist, was ein weiteres getrenntes Marschieren der Arbeiter-Radfahrer-Sportler in Halle bedingte. Sie stellte sich weiter auf den Standpunkt, daß nicht nur eine örtliche Verschmelzung in Frage kommt, sondern unter allen Umständen eine Verschmelzung beider Bunde eine Notwendigkeit ist. Beide Parteien haben sich verpflichtet, alle Wege zu versuchen, bis das zu erstrebende Ziel erreicht ist. In einer Entschließung, die an die Vorstände vom Bunde „Solidarität" und „Freiheit" gerichtet ist, hat sie einen gangbaren Weg vorgeschlagen; an den Mitgliedschaften liegt es jetzt, sich danach einzustellen und mit Nachdruck an der gestellten Aufgabe zu arbeiten. Folgende Entschließung wurde angenommen:

„Die am 12. Mai in der öffentlichen Radfahrerversammlung in Halle a. d. S., „Volkspark", gewählte neungliedrige Kommission ist auftragsgemäß zusammengetreten und ist zu folgender Entschließung gekommen:

Die Kommission fordert die beiden Bundesvorstände auf, alle Möglichkeiten ins Auge zu fassen, um den zurzeit bestehenden Zustand zu beseitigen und eine Verschmelzung beider Organisationen herbeizuführen. Sie ersucht die Bundesleitung „Solidarität" an die Bundesleitung „Freiheit" heranzutreten zwecks Verhandlungen zur Ausarbeitung von Richtlinien zur Verschmelzung der beiden Bunde, die auf den nächsten Bundestagen beider Organisationen zur Beschlußfassung vorzulegen sind.

Für „Solidarität": J. A.: M. Bandermann.

Für „Freiheit": J. A.: Paul Kraya.

Am Dienstag, dem 11. Juli, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine öffentliche Versammlung aller Arbeiter-Radsportler statt, in der Bericht von der Verschmelzungskommission gegeben wird.

Hallisches Operettentheater

„Der Vielgeliebte"

Ueber dem Programm steht in breitem Druck: Hallenser, erhaltet und schützt Euer Hallisches Operettentheater! — Daß eine gemeine Rücksichtslosigkeit der Aktionäre vorliegt, haben wir schon im „Klassenkampf" Nr. 146 berichtet. Die Angestellten sowie auch die künstlerische Direktion leisten schärfsten Widerstand. Bezeichnenderweise verdecken die bürgerlichen Zeitungen als Sklavinnen des Kapitals die tatsächlichen Zusammenhänge. Wir werden über die demnächst fallenden Entscheidungen berichten. Wenn wir uns hiermit als Verteidiger des Operettentheaters aufschwingen, obwohl wir die Bedeutungslosigkeit der Operettenkunst für das Proletariat oft genug betonten, so tun wir es rein sachlich im Dienste der Wahrheit als Bekämpfer von Arbeitslosigkeit und Unternehmermillkür. Es offenbart wirklich niedrigste Profitsucht, wenn man aus einem erst am 17 Dezember 1921 (!) eröffneten, den Sommer über spielenden Theater, das Sonnabends und Sonntags in der Regel ausverkauft und auch wochentags immer gut besucht war (unter Einrechnung der noch ständigen Baukosten auf das Betriebskapital!!), riesenhafte Dividendengewinne erwartete.

*

Der „Vielgeliebte", Eduard Künnekes erstes Werk, ist wie alle Schöpfungen dieses Komponisten, fast als Spieloper zu bezeichnen. Gute, ansprechende, künstlerisch wirkende Musik. Die Handlung? — Zwei Vettern, ein schlauer und ein dummer, im Erbschaftskampf; der schlaue Vetter ist Träger dreier Liebschaften: Anette, Philine und Klärchen; ein harmlos-lächerliches Duell — gemeinsamer Grundton der Gesang: „Es ist ja alles, alles, alles ganz egal" (typisch kleinbürgerliche Denkweise!).

Die Aufführung gelang trefflich. Die Spielleitung Schurs, die musikalische Haupts, die ganz neuen Bühnenbilder von Jeschmar, die Leistung des Orchesters: anerkennenswerte Arbeit. Der zweite Akt mit der Tanzszene: „Vogelsteller, gib wohl acht" erregte starken Beifall. Gutes leisteten wiederum H. Süßenguth, G. Putze, M. Durst, J. Wiegenfeld, Grey-Holly; eine neue Kraft, verkörperte ansprechend den Grafen Nikodemus, Fritz Reinold fällt teilweise sehr auf die Nerven. Georg Lipperts Exzellenz (er tritt manchmal als Kapellmeister, manchmal als Bühnenkünstler auf) ist eine verunglückte Rolle mit schreckliher Stimme (un—be—schreib—lich). . . . Oh, die entsetzlich langen Pausen! Das von der Geistlosigkeit des Stückes matte Gehirn durchwirbeln Goethesche Zitate:

„Der Vielgeliebte — Nicht mehr Getriebte — in die Ecke, Besen, Besen —" K. W.

* **Mißhandlungen durch Sipobeamte.** In der Nacht zum Sonntag bekam in der Steinstraße ein Mann plötzlich Schreikrämpfe. Ein hinzukommender Sipobeamter wollte den sich am Boden Wälzenden dadurch wieder zur Besinnung bringen, daß er fortgesetzt nach dem Tobenden trat. Als der Sipobeamte von den Fußgängern zur Rede gesetzt wurde, zog er kurzerhand den Revolver, entsicherte ihn und drohte, jeden niederzuschießen, der ihm zu nahe komme. Da sich immer mehr Fußgänger ansammelten, gab der Sipobeamte Notsignale. Kurze Zeit darauf erschien ein Sipoaufgebot von etwa 15 Mann, die den Kranken in der rohesten Weise nach der Wache schleppten. Kurz vor dem Markt bildeten die Beamten eine Sperrkette und ließen niemand auf den Markt. Einige der Fußgänger wollten sich als Zeuge melden oder wenigstens den Namen des betreffenden Beamten feststellen lassen. Auch das wurde verweigert. Wir glauben, daß diese öffentliche Feststellung genügt, die die Polizeibehörde veranlassen wird, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen.

* **Fraktionssitzung des Kreistages.** Am Mittwoch, dem 12. Juli, vormittags 9 Uhr, findet eine Sitzung des Kreistages statt. Vormittags um 7 Uhr findet in der „Stadt Straßburg", Steinstraße eine Fraktionssitzung statt, zu der jeder pünktlich zu erscheinen hat.

* **Modell- und Fabriktischler.** Am Dienstag, dem 11. Juli, findet sofort nach Arbeitsschluß eine Branchenversammlung in der „Erholung" statt.

* **Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter** (Sektion Gemeindearbeiter) hält am Montag, dem 10. Juli, abends 8 Uhr, in Witsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße 14, eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: Stellungnahme zum Lohnabkommen.

* **Arbeiterbildungsausschuß.** In dieser Woche sind vom Arbeiterbildungsausschuß nachfolgende Veranstaltungen vorgesehen: Mittwoch, 12. Juli: Der Evangelimann, Oper von Kienzl; Sonnabend, 15. Juli: Der Zigeunerbaron, Operette von Johann Strauß (Wiederholung). Karten zu 24, 20, 12 und 10 Mk. sind im Arbeitersekretariat zu haben. — Das Stadttheater beendet am 16. Juli seine Spielzeit und wird erst im September wieder eröffnet.

* **Wohltätigkeits-Vorstellung im Stadttheater.** Wie bereits bekannt, gelangt heute, Montag, abend 7½ Uhr, zugunsten der Wohlfahrtskassen der Deutschen Bühnen-Genossenschaft unter Mitwirkung sämtlicher Solo-Mitglieder der Oper und des Schauspiels „Die Fledermaus" zur Aufführung. Sie wird diesmal nicht, wie früher, im Biedermeierstil, sondern modern gegeben. Im 2. Akt bei Prinz Orlofsky werden Maria Künzel-Dworski, Hilde Boß, Henriette Böhmer, Hans Rudolf Waldburg und Cornelius Bard, von Felix Wolfes am Ritter-Flügel begleitet, Gesangsvorträge bringen. In Anbetracht des guten Zweckes bittet die Ortsleitung der GDBA. um regstes Interesse.

* **Ein neuer Sonntagszug nach dem Harz.** Die Eisenbahndirektion Halle schreibt uns: „Vom Sonntag, den 9. Juli d. Js. an, verkehrt der bisher nur Werktags gefahrene Zug 572 W Halle—Sangerhausen (Halle ab 4,52 Uhr) auch Sonntags. Vom gleichen Tage an wird Sonntags ein Sonderzug 593 S zwischen (Sangerhausen)—Blankenheim und Halle in folgendem Plan eingelegt: Zug 593 (S): Sangerhausen ab 7,15 abends, Blankenheim durch 7,44, Wolferode an 7,49, ab 7,50, Eisleben an 7,56, ab 7,58, Helfta an 8,03, ab 8,04, Erdeborn an 8,11, ab 8,12, Oberröblingen an 8,17, ab 8,19, Wansleben an 8,26, ab 8,27, Teutschenthal an 8,32, ab 8,34, Eisdorf an 8,39, ab 8,40, Zscherben an 8,46, ab 8,47, Schlettau an 8,52, ab 8,53, Halle (S.) P. an 9,06 Uhr abends."

* **Walhallatheater.** Um jedem Hallenser die Möglichkeit zu bieten, das Spezialitätenprogramm zu sehen, hat die Direktion die Eintrittspreise von heute an bis zum 15. Juli auf allen Plätzen auf die Hälfte ermäßigt.

Aus der Provinz

Kontrollausschüsse im Bezirk Magdeburg-Anhalt

Dem Beispiel im Bezirk Halle-Merseburg folgend sind nun auch im Bezirk Magdeburg-Anhalt von den Arbeitern Kontroll-Ausschüsse eingesetzt worden, die sich zusammensetzen aus Mitgliedern der drei politischen Arbeiterparteien und aus Vertretern der Ortsausschüsse des ADGB. Diese Kontroll-Ausschüsse haben die Aufgabe, die Durchführung der von den Spitzenorganisationen aufgestellten Forderungen zu kontrollieren und zu betreiben. In Aken, Dessau, Hornhausen, Oranienbaum, Staßfurt, Wernigerode und Zerbst sind diese Ausschüsse bereits gebildet. Es ist Aufgabe der Arbeiterschaft im Bezirk Magdeburg-Anhalt, überall die Ausschüsse tatkräftigst zu unterstützen.

Holzweißig

Der Rußlandfilm wurde am letzten Mittwoch in Häfers Saale vorgeführt. Die Proleten hätten sich in Massen diesen Film ansehen müssen. Aber lieber gehen viele in irgend ein Kino und sehen sich Liebes- und Abenteuerakte an oder einen Detektivfilm, ehe sie den Hungernden in Rußland einen Groschen geben. Daß der Film interessant und lehrreich war, das können alle Besucher bestätigen. Trotz des geringen Besuches brachte eine Tellersammlung den Betrag von 303,45 Mark. Wir appellieren an die Proletarier von Holzweißig: Uebt Solidarität an Euren Brüdern in Rußland und helft, so gut es geht! Jede Gabe wird mit Freuden angenommen. — Die Gesamteinnahmen betrugen 1176 Mark.

Torgau

Die Kugeln sitzen locker! In der Nähe von Torgau fand man auf der Landstraße einen noch nicht rekognoszierten Mann erschossen auf. Wie die Untersuchung feststellte, hatte ihn der Kirschenpächter nachts für einen Dieb gehalten und einen Schuß zur Warnung abgegeben, der den Fremden niederstreckte. — Wie nachträglich gemeldet wird, handelt es sich bei dem Erschossenen um den 25 Jahre alten verheirateten Schlosser Bruno Radung aus Torgau.

Coswig

Die notleidende Landwirtschaft. Wir lesen in einer bürgerlichen Zeitung folgendes: Man hört mitunter von Riesenhochzeiten, wie sie da oder dort in guten Gegenden gefeiert werden. Diesmal ist es der Kreis Zerbst, der sich eine Hochzeit leistet, die sich sehen lassen kann. Sie vollzog sich heute in Düben bei Coswig. Um den Polterabend zu begehen, bedurfte es zweier Tage; heute ist die eigentliche Feier. **Es wurden dafür geschlachtet: 1 Bulle, 2 Kälber, 2 Hammel, 2 Schweine und 50 Hühner.** Das ganze Dorf feiert mit. Der Bräutigam ist der einzige Sohn des umfangreichsten Bauerngutes, die Braut die einzige Tochter eines ebensolchen. Ihre Ländereien, die sich zusammenfinden, umfassen die Hälfte der Dorfflur. — Die Landarbeiter im Kreise Zerbst, die für einige Groschen Lohn von den Agrariern ausgebeutet werden, können aus dieser Mitteilung ersehen, wie ihre „Herren" leben. Und wenn die Landarbeiter einige Pfennige mehr Lohn haben wollen, dann ist kein Geld da, dann steht die Existenz der notleidenden Landwirtschaft auf dem Spiele. Nicht wahr, Herr Holbach?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220710-13/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Verlag Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

12] Von John Reed

Nicht weit entfernt stand, von einem Haufen Soldaten umringt, ein kleiner graubärtiger Mann in der Uniform eines Generals, mit vor Erregung hochrotem Gesicht.

„Ich bin General Alexejew," schrie er, „als Ihr vorgesetzter Offizier und Mitglied des Republikanischen Rates fordere ich Sie auf, mich passieren zu lassen." Der Posten kratzte sich den Kopf, offenbar im unklaren darüber, was er machen sollte. Er rief einen sich nähernden Offizier heran, der sehr aufgeregt wurde, als er sah, wen er vor sich hatte, und stramm militärisch grüßte, noch ehe er begriff, was er tat.

„Exzellenz," stammelte er in der unter dem alten Regime üblichen Manier, „der Zutritt zum Palast ist strikt untersagt, und ich habe keine Befugnis — —."

Ein Automobil kam vorüber. Ich erkannte den im Wagen sitzenden Gotz, der die Situation scheinbar sehr belustigend fand und laut lachte. Dann ein zweites Auto, auf dem Vorderteil bewaffnete Soldaten, im Wageninnern verhaftete Mitglieder der Provisorischen Regierung. Plötzlich sah ich Peters, ein lettisches Mitglied des Revolutionären Kriegskomitees über den Platz gelaufen kommen.

„Ich denke, Sie hatten alle diese Herrschaften schon gestern abend festgesetzt," sagte ich, auf das Auto weisend.

„Ach," antwortete er, wie ein unzufriedener kleiner Junge das Gesicht verziehend, „diese Dummköpfe haben sie wieder laufen lassen, noch ehe wir es verhindern konnten."

Den Wolkressensky Prospekt hinunter waren gewaltige Scharen Matrosen aufmarschiert, dahinter, soweit das Auge reichte, Soldaten.

Wir gingen durch den Admiralteisky zum Winterpalast. Sämtliche Zugänge zum Schloßplatz waren von Wachen besetzt, die niemand passieren ließen, und quer über den ganzen westlichen Teil des Platzes zog sich ein Truppenkordon, von einem Haufen aufgeregter Bürger umlagert. Mit Ausnahme einiger weiter entfernter Soldaten, die aus dem Schloßhof Holz zu holen schienen, um es vor der Front zu einer Art Brustwehr aufzustapeln, war alles ruhig.

Es war nicht möglich, herauszubekommen, ob die Wachen zur Regierung gehörten oder zu den Sowjets. Unsere im Smolny ausgestellten Passierscheine nützten uns indessen nichts, und so näherten wir uns der Linie von einer andern Seite, mit wichtiger Miene unsere amerikanischen Pässe vorweisend und erklärend, daß wir in offiziellen Geschäften kämen und — schlüpften durch. Drinnen die gleichen alten Palastdiener in ihren mit gelben Knöpfen besetzten blauen Uniformen mit rot- und goldverzierten Kragen, uns höflich unsere Hüte und Mäntel abnehmend. Wir gingen nach oben. In den dunkeln, trüben, ihrer Wanddekleidung beraubten Korridoren einige wenige alte Bediente herumlungernd, vor Kerenskis Tür ein junger Offizier, der, seinen Schnurrbart kauend, auf und niederschritt. Wir fragten, ob wir den Ministerpräsidenten sprechen könnten. Sich höflich verbeugend und die Hacken zusammenschlagend, sagte er auf französisch:

„Bedaure. Alexander Feodorowitsch ist sehr beschäftigt." Und uns einen Moment lang musternd, fügte er hinzu: „Er ist gar nicht hier."

„Wo ist er denn?"

„Er ist zur Front gegangen. Wissen Sie, er hatte nicht einmal genügend Brennstoff für sein Automobil, wir waren dabei gezwungen, die Hilfe des englischen Hospitals in Anspruch zu nehmen."

„Sind die übrigen Minister hier?"

„Die tagen hier in irgend einem Raume. Wo, weiß ich nicht."

„Was meinen Sie? Werden die Bolschewiki kommen?"

„Gewiß, die kommen sicher. Ich erwarte jede Minute die telephonische Meldung, daß sie anrücken. Wir sind jedoch bereit. Wir haben die Junker hier. In der Vorderseite des Palastes. Dort, durch diese Tür."

„Können wir dort hinein?"

„Nein. Gewiß nicht. Das ist nicht gestattet." Hastig schüttelte er uns allen die Hand und ging davon. Wir wandten uns der verbotenen Tür zu, die durch eine den Saal teilende provisorische Wand führte, und wollten sie öffnen. Von der andern Seite hörten wir Stimmen. Irgendwer lachte. Sonst Grabesstille in den weiten Räumen des alten Palastes. Ein alter Bedienter kam herbeigelaufen. „Aber nicht doch, „Barin", da können sie nicht hinein."

„Warum ist die Tür verschlossen?"

„Um die Soldaten festzuhalten," versetzte er, und, einige Minuten später etwas von „Tee holen wollen" murmelnd, ging er nach dem hinteren Teil des Saales davon. Wir öffneten die Tür.

Unmittelbar vor uns standen ein paar Wachen, die indes nichts sagten. Der Korridor führte zu einem großen geschmückten Raum mit vergoldeter Deckenverzierung und riesigen Kristallkronleuchtern. Dahinter lag ein kleineres Zimmer, mit dunkler Holztäfelung. Auf dem Parkettboden zu beiden Seiten lange Reihen schmutziger Matratzen und Decken. Dann und wann sich faulkeulende Soldaten. Ueberall ein wüstes Durcheinander von Zigarettenenden, Bretzresten, Kleidungsstücken, leeren Weinflaschen. In der entsetzlich stickigen Atmosphäre von Tabaksqualm und ungewaschenen Menschenmassen immer neue Soldaten, mit den roten Schulterstreifen der Kerenskischen Junkerschulen. Einer hatte eine Flasche weißen Burgunders, offenbar aus den Kellereien des Palastes stammend. Sie blickten uns verwundert nach, als wir so von Raum zu Raum wanderten, bis wir zu einer Reihe mächtiger Staatssalons kamen, deren lange schmutzige Fensterreihen nach dem Schloßplatz zugingen. Die Wände bedeckten riesige Gemälde in massiven Goldrahmen. Schlachtenszenen aus der russischen Geschichte darstellend: 12. Oktober 1812, 6. November 1812, 12.—18. August 1813. Eines der Bilder war an der rechten oberen Ecke beschädigt.

Das Ganze — nach dem Zustande der Wände und des Fußbodens zu urteilen — offenbar schon seit Wochen eine einzige große Kaserne. Auf den Fensterbänken sah ich schußfertige Maschinengewehre, zwischen den Lagerstätten Gewehrpyramiden.

Noch in der Betrachtung der Bilder versunken, fühlte ich plötzlich zu meiner Rechten einen intensiven Alkoholdunst. Dann eine Stimme, in hartem, aber fließendem Französisch: „Ah, die Herrschaften sind Ausländer. Ihre Art, die Bilder zu bewundern, sagt mir das." Ein kleiner, gedunsener Mensch, der, als er uns begrüßend, die Mütze lüftete, einen kahlen Kopf zeigte.

„Amerikaner? Sehr erfreut. Ich bin Stabskapitän Artzibaschow. Ganz zu Ihren Diensten." Er schien absolut nicht verwundert, vier Ausländer, darunter eine Frau, die Kampfstellungen einer jeden Augenblick den Angriff erwartenden Armee durchwandern zu sehen. Er beklagte den Zustand Rußlands.

„Wenn es nur die Bolschewiki wären," sagte er. „Aber die ganze glänzende Tradition der russischen Armee ist niedergetreten. Blicken Sie um sich. Die Leute, die Sie hier sehen, sind alles Studenten der Offizierschulen. Aber haben die das Aussehen von Gentlemen? Kerenski hat die Offiziersschulen allen geöffnet, auch dem einfachen Soldaten, sofern er nur ein Examen zu machen in der Lage war. Natürlich sind nun sehr, sehr viele von der Revolution angesteckt.

„Wir hatten heute morgen Revue," fuhr er fort, während er uns durch die Zimmer führte. „Das Frauenbataillon hat beschlossen, zur Regierung zu halten."

„Sind die weiblichen Soldaten im Palast?"

„Ja, in den hinteren Räumen. Dort sind sie in Sicherheit, wenn es zu Kämpfen kommen sollte." Seufzend: „Die Verantwortung ist groß."

Da plötzlich in nicht allzu weiter Entfernung Gewehrfeuer. Draußen auf dem Platze begannen die Leute zu rennen und warfen sich flach auf den Boden. Die an den Ecken haltenden Droschken rasten davon. Auch im Palast allgemeine Aufregung. Die Soldaten liefen wild durcheinander, ihre Gewehre und Patronengürtel greifend und schreiend: „Sie kommen, sie kommen!" Nach einigen Minuten war wieder alles ruhig. Die Droschken kamen zurück, und die am Boden liegenden Leute erhoben sich. Durchs Rote Tor kamen Junker gezogen, nicht mehr ganz im Schritt marschierend. Einer, von zwei Kameraden gestützt.

Wir verließen den Palast ziemlich spät. Am Platze waren die Wachen verschwunden. Als wir wieder an der Morskaja anlangten, herrschte tiefe Dunkelheit. Nur an der Ecke des Newsky flackerten ein paar Straßenlaternen. Ueberall Matrosen und Soldaten, offenbar auf irgend etwas wartend. Wir gingen zum Roten Tore zurück. Auch dort ein Haufen von Soldaten, zu den hellerleuchteten Fenstern des Winterpalastes hinaufstarrend und laut miteinander redend.

„Aber nein, Kameraden!", hörte ich einen sagen. „Wir können unmöglich auf sie schießen. Das Frauenbataillon ist drinnen. Man würde sagen, wir schössen auf russische Frauen."

An Newsky kam ein Panzerauto um die Ecke gebogen, und ein Mann schrie, seinen Kopf aus dem Türmchen herausstreckend: „Los, hinüber und angegriffen!"

Der Führer eines andern Autos, herankommend und den Lärm des arbeitenden Motors überschreiend: „Das Komitee sagt, wir sollen warten. Die haben da Artillerie hinter ihren Holzstapeln."

Bahnen fuhren hier nicht. Hin und wieder sah man einen Fußgänger. Sämtliche Laternen waren gelöscht. Ein paar Straßen weiter jedoch ging das Leben seinen gewohnten Gang. Ueberfüllte Straßenbahnen, auf und niederwogende Menschenmassen, die Reklamezeichen der Lichtbildtheater. Wir hatten Eintrittskarten für das Ballett des Marienstyntheaters — alle Theater waren geöffnet —; wir fanden es jedoch draußen interessanter.

In der Dunkelheit stolperten wir über Haufen geschnittenen Holzes, die den Zugang zur Polizeibrücke versperrten, und sahen vor dem Stroganopalast einige Soldaten, beschäftigt, ein Dreizollfeldgeschütz in Stellung zu bringen. Soldaten in den allerverschiedensten Uniformen liefen scheinbar ziellos hin und her, unablässig redend.

(Fortsetzung folgt.)

Stimmungsbilder vom SR.-Prozeß

Von Ketty Guttmann, Moskau

Die Angeklagten

Nur ein einziger verblüffender Eindruck von ihnen sei festgehalten: die Leute sahen ganz und gar nicht so aus wie Häftlinge. Wenn man Leute gesehen hat, die in Deutschland drei Vierteljahre in Untersuchungshaft gesessen hatten, um sich dann vor „ihrem" Richter als politische Delinquenten zu verantworten, so überrascht der physische Zustand der SR. auf das allerdrastischste. Da waren z. B. die angeklagten Matrosen des Wilhelmshavener Putsches; junge, kräftige Leute, aber vollkommen durch die lange Untersuchungshaft entstellt und wahrscheinlich fürts ganze Leben gebrochen. Sie trugen langhaarige Frisuren, hatten dünngewachsene, wilde Bärte, waren totenbleich und aufgedunsen. Man konnte ihnen die mangelnde Pflege den Luft- u. Bewegungsmangel und die eintönige Gefängniskost an den Gesichtern ablesen. Arme, gemarterte, junge Kerls, die auch allmählich einen geistigen Gefängnishabitus annahmen.

Die SR.-Angeklagten sehen ohne eine einzige Ausnahme völlig aus, als hätten sie keine Minute den Kontakt mit der übrigen Welt verloren. Nirgendswo eine erbärmliche, bleiche Gefängnismiene; die Kleidung durchaus „bürgerlich" und gepflegt; jeder nach seiner Fasson mit allen physischen Notwendigkeiten versorgt. Sie produzieren in ihren Repliken gar keine grüblerischen Gefängnistheorien. Das sind dieselben SR., die sie gewesen sind. Auch geistig hat die Haft sie nicht deformiert. Die Leute sind zum Teil reich; sie haben das Recht der Selbstbeköstigung, können unter gewissen Modalitäten sogar zusammenkommen, haben jündig alle Literatur, sogar sonst verbotene. Was schwätzt man bloß in Westeuropa für blödsinniges und dummes Zeug über die Quälerei der Häftlinge in Sowjet-Rußland!

Die Verteidiger

Natürlich werden sie jetzt in Westeuropa schon wieder sozusagen in Manschetten und Stehkragen stolzieren! Hier hatten sie beträchtlich an Haltung verloren. Man konnte sie ehrlich bedauern. Sie sind ja Leute, die daheim etwas darstellen. Du, lieber Gott — sie bilden sich auf ihre politische Rolle etwas ein. Da ist Vandervelde! Keine Kleingkeit! Seine Rednergabe hat man bie und da mit der von Jaurès verglichen. Er stellt sich hin, redet und poliert mit seinen besten Tricks — vergebens! Das Französische ist halt ja ohnehin eine Rethorensprache — den Trick mit den hin- und herschießenden Manschetten wendet er aber nur ganz beschelden an. Dies Publikum — diese Analphabeten...! Man lacht den Vandervelde aus — da ist gar nichts zu machen!

Rosenfeld! Das Arbeiterblatt für den Straßenverkauf, die „Raboschaja Moskwa", hat ihn ein paarmal so kartriert, daß selbst unsereiner erstaunt ist und lachen muß. Der Rosenfeld hat sich doch immer in Deutschland rechtzeitig und geschickt vor einem massiven Angriff zu retten verstanden. Man hatte beinahe die Meinung gewonnen, daß er überhaupt schwer anzugreifen sei. Aber — ganz und gar nicht! Die Moskauer Arbeiter fanden ihn herzlich lächerlich!

Liebknecht! Der arme Theodor Liebknecht!...

Im ganzen kann man für die Haltung der Verteidiger, während sie in Moskau waren, nur einen passenden Ausdruck finden, und zwar einen Berlinismus: benaut! Sie verstanden ja die Sprache nicht; sie saßen wie auf einem Teller an ihrem Verteidigertisch. Was will das alles heißen, daß ihnen alles übersetzt wurde. Sie hatten doch keine Ahnung, was dies verwünschte Moskau, dieser verwünschte Prozeß und diese verwünschte Arbeiterdiktatur eigentlich heißt.

Sie kamen sich verraten und verkauft vor, und hatten sicherlich anfangs eine bestialische Furcht. Angst einfach, daß man sie vergiften, attentätern könnte — sie sind doch von ihrer Wichtigkeit durchdrungen gewesen. Später, als sie einsahen, daß ihnen nichts weiter geschehen sollte, als daß sie ihre Hotelrechnungen bezahlen mußten, als nach dem ersten Auspfeifen weiter nichts mehr geschah — da haben sie beim Prozeß gefessen, geschwitzt und sich ehrlich — gemopst! Na ja, sitzt ihr täglich zehn bis zwölf Stunden bei endlosen politischen Auseinandersetzungen, von deren Wesensinhalt ihr keine Ahnung habt! Und außerdem ist bei ihnen daheim die Advokatenarbeit ein viel leichteres und einträglicheres Geschäft. Jetzt schimpfen sie zu Hause wie die Rohrspatzen. Was ihnen wirklich passiert ist, können sie nicht angeben; sie widersprechen sich fürchterlich. Sie sind blamiert worden — das ist die Wahrheit. Aber die können sie doch nicht zugeben, denn sie sind doch angesehene, seriöse Leute bei sich daheim.

Der Ursprung der Religion

Wäre die Urgesellschaft nicht eine Klassengesellschaft, so gäbe es auch keine Urreligion. Das übermächtige, große Gefühl einer allgemeinen Abhängigkeit und Furcht vor einem unsaßbaren Uebersinnlichen, das schon den ursprünglichen Geisterglauben charakterisiert, ist völlig unvereinbar mit einer Gesellschaftsorganisation, die nach Engels Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, S. 88) noch nicht die Spur eines Staatswesens kennt, die rein auf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit"" basiert (Engels, Ursprung, S. 80), als den Grundprinzipien der in Stämme, Sippschaften und Gentes gegliederten Urgesellschaft. Die Religion entspringt einem Herrschaftsverhältnis, welches Engels für die Urgesellschaft leugnet. „Der Staat", sagt er, „setzt eine von der Gesamtheit des jedesmal Beteiligten getrennte, besondere öffentliche Gewalt voraus" (S. 88). Diese Trennung beruht, auch nach Engels Ansicht, auf der Klassenscheidung. Tatsächlich kann man bereits auf der Stufe der niederen Jägervölker ein sehr deutliche Klassentrennung erkennen, denn die bisher als Altersklassengruppierung bezeichnete soziale Unterordnung der jüngeren jagdtüchtigen Männer unter die Totenältesten und -Häuptlinge, wie unter die Klasse der alten Männer überhaupt, kann nicht anders bezeichnet werden, als eine auf Unterdrückung und Ausbeutung gegründete soziale Klassenscheidung. Ohne die geheimnisvoll betriebene Ausbeutung, die im Opferwesen in Erscheinung tritt und in ihm sich später fortsetzt, würde auch die religiöse Ideologie nicht vorhanden sein. Engels gibt für jene Stufe (S. 92) „ein fast vollständiges Beherrschtsein des Menschen von der ihm fremd gegenüberstehenden, unverstandenen äußern Natur, das sich widerspiegelt in kindischen religiösen Vorstellungen", zu. Nun ist Tatsache, daß der Geisterglaube sich auf den ältesten Stufen noch gar nicht als „Naturreligion" äußert, so daß man also die beherrschende Macht nicht in der dem Menschen „fremd gegenüberstehenden, unverstandenen äußern Natur" erblicken kann, sondern für diese Entwicklungsstufe nach einer anderen Ursache für das Gefühl des „Beherrschtseins" suchen müßte.

Engels lebt mit Bezug auf die Urgesellschaft in den Naturvorstellungen, die der revolutionären oder oppositionellen Demokratie eigen sind. Gents, Phratien, Stamm — Engels nennt sie gemäß dieser Auffassung „Gruppen verschiedener Abstufung von Blutsverwandtschaft, jede abgeschlossen in sich und ihre eigenen Angelegenheiten ordnend, jede aber auch die andere ergänzend" (S. 89). Es läßt sich unschwer nachweisen, daß diese natürlichen „Gruppen verschiedener Abstufungen von Blutsverwandtschaft" in Wirklichkeit auf Arbeitsteilung beruhende ökonomische Gebilde sind, die jenen Verwandtschaftsorganisationen zugrunde liegen. Die verwandtschaftlichen Beziehungen können uns aber zu keiner Zeit als die geschichtlich primären gelten. Es ist viel Rousseauische Schwärmerei in Engels Worten: Eine „wunderbare Verfassung in all ihrer Kindlichkeit und Einfachheit, diese Gentilverfassung" (S. 90), bei der die „Gesamtheit" entscheidet, denn „alle sind gleich und frei". „Gleich und frei" sind wir bekanntlich auch nach der heutigen demokratischen Verfassung, und auch die Verfassung der Irokesen, die Engels uns nach Morgan in ihren Einzelheiten vorführt, ist doch immer nur eine Verfassung. Für eine Verfassung aber gibt und darf es keine Klassengegensätze geben. Sie gilt stets für alle Volksgenossen in gleicher Weise. Man kann aus der Gentilverfassung daher nicht den Schluß ziehen, daß es keine Klassengegensätze innerhalb der Urgesellschaft gegeben habe.

Wenn Engels von dem „Sündenfall von der einfachen sittlichen Höhe der alten Gentilgesellschaft" spricht, so wollen wir ihm seine Worte nicht verargen, die aus seinen Worten spricht: „Es sind die niedrigsten Interessen, gemeine Habgier, brutale Genußsucht, schmutzigster Geiz, eigensüchtiger Raub am Gemeinbesitz — die die neue, zivilisierte, die Klassengesellschaft einweihen. Es sind die schmählichsten Mittel — Diebstahl, Vergewaltigung, Hinterlist, Verrat, die die alte klassenlose Gentilgesellschaft unterhöhlen und zu Fall bringen" (S. 92.). Engels hat Recht, abgesehen von seiner Auffassung der Gentilgesellschaft als einer klassenlosen Gesellschaft, und was die „einfache sittliche Höhe" derselben betrifft, so mag ihm auch hier in vieler Hinsicht zuzustimmen sein. Doch in trüben Wasser in den Wein zu schütten, als jedenfalls die Urreligion, der Geisterglaube, einer der frühesten Stufe der Naturalwirtschaft eigenen Form der Ausbeutung entspringt, deren Mittel sich Täuschung und Verbergen, Versprechen, Drohung und Gewalt nennen. Das lehrt uns vor allem die vergleichende Betrachtung von Totenbestattung, Opfer- und Priesterwesen in der Urzeit.

Da Engels in der Urgesellschaft keine sozialen Gegensätze entdeckt, so stellt sich ihm der Fortschritt zur Zivilisation nicht als ein dialektischer Vorgang, sondern als ein „Sündenfall" dar. Er erblickt in der Gentilgesellschaft, wenn auch kein biblisches, so doch ein Naturparadies, mit einer aus der Unwissenheit der damaligen Menschheit entspringenden ideologischen Verirrung, der Naturreligion. Er möchte den einen Gesellschaftszustand aus dem andern organisch hervorwachsen lassen, die klassengestellte Gesellschaft aus der ungeteilten, nur verwandtschaftlich gegliederten Gesellschaft kann aber nicht umhin, sich eines außergesellschaftlichen, moralischen Faktors zu bedienen, der die alte Sittlichkeit der Gentilgesellschaft untergraben haben soll. Denn er unterläßt es, den Träger der anderen Moralauffassung anzugeben, der doch nur eine besondere Gesellschaftsklasse sein kann. Nicht nur sind die Klassen der Urgesellschaft grundverschieden von unseren modernen Gesellschaftsklassen, nicht nur hat die urzeitliche Ausbeutung gänzlich andere Formen als die kapitalistische, auch die soziale Moral jener niederen Stufen kann ihre Qualifikation nach nicht am Maßstab der heutigen Ethik gemessen werden; sie ist anders, nicht besser, nicht schlechter. Das Kapitel „Urreligion" beweist es vor allem.

Heinrich Eildermann.

Episode

Im Reichstagssaal des Regensburger Rathauses steht der Thron des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation. Er steht erhöht unter dem gewaltigen Baldachin.

Der Diener brachte mich in diesen Saal und sagte: „Warten Sie, bitte, einen Augenblick, die Portiersfrau kommt gleich."

Damit ging er und ließ mich allein. Ich stand allein in dem schweigenden Saal vor dem Thron.

Ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, bin ich die Stufen hinaufgestiegen und habe mich auf den Thron gesetzt. Denn erstens war keine andere passende Sitzgelegenheit für mich vorhanden. Zweitens soll man eben den Thron des Reichs nicht dem Schutz einer schwachen Portiersfrau anvertrauen.

Der Thron bestand aber nicht aus Gold und Samt, wie ich mir das gedacht hatte, sondern aus Leder. Das die Sitzteile der Cäsaren glatt poliert hatten. Und die Lehne war gerade und unbequem.

Hier haben die Maximiliane gethront, und die Ferdinands, und alle diese Schemen, sie haben den Krieg gegen die Türken beschlossen oder eine neue Ketzerverfolgung. Und von den Inhabern dieses Thrones bin ich wahrscheinlich der unschädlichste gewesen.

Doch da kam die Portiersfrau in den Saal herein und erstarrte vor Entsetzen; als sie sich gefaßt hatte, stammelte sie: „Es ist verboten, sich auf den Thron zu setzen."

„Ich habe taktvollerweise nichts erwidert, sondern bin heruntergestiegen. Aber auf der Zunge schwebte mir, auszurufen: So, es ist in Bayern verboten, sich auf den Thron zu setzen? Bitte, meine Dame, sagen Sie das nicht mir, sondern dem Herrn v. Kahr."

Victor Auburtin im „B. T."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220710-13/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 30,— Mk. Durch die Post monatl. 30,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 300 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroß, Halle

Einzelpreis 2 Mark | **Montag, den 10. Juli 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 158**

Einheitsfront trotz alledem!

SPD., USPD. und ADGB. brechen die Verhandlungen ab — Führt den Kampf geschlossen weiter!

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Als die Kunde von der Ermordung Rathenaus Euch erreichte, als Ihr in beispiellos gewaltigen Demonstrationen auf die Straßen zoget, da erfüllte Euch alle ein Gedanke, ein Schrei brach elementar aus Euren Reihen: Nun ist's genug! Schluß mit dem verbrecherischen Treiben der geheimen Mörderzentralen, fort mit den offenen und verkappten Monarchisten! Ins Zuchthaus nicht nur mit den Attentätern selbst, sondern mit allen jenen, die diese Atmosphäre blutiger Gewalt und Arbeiterhasses erzeugen halfen! Heraus aber mit den gefangenen revolutionären Kämpfern der Arbeiterschaft!

Unter dem Drucke dieses Eures einheitlichen und geschlossenen Willens beauftragte der Gewerkschaftskongreß in Leipzig den Bundesvorstand,

„gemeinsam mit den drei sozialistischen Parteien wirksame Maßnahmen vorzubereiten, deren Ziel sein muß die Sicherheit der Republik und der Rechte der Arbeiterschaft gegen jeden reaktionären Angriff durch Säuberung der Regierungsstellen und öffentlichen Aemter einschließlich der Justiz von allen Elementen, die sich nicht rückhaltslos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen".

Der Kongreß sprach ferner die Erwartung aus, daß alle Mitglieder der Gewerkschaften den entschlossenen Willen haben, „auch mit dem Leben für die Verteidigung der Grundrechte des Volkes und für die Republik einzustehen".

Darauf haben die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften und des Afabundes zusammen mit den drei politischen Arbeiterparteien das sogenannte Berliner Abkommen geschlossen. Diese „Berliner Forderungen" wurden ausdrücklich als Mindestmaß dessen bezeichnet, was zur Bekämpfung der Reaktion notwendig ist.

Proletarier! Mehr als vierzehn Tage sind seitdem verstrichen! In erneuten Demonstrationen habt Ihr Euren Willen gezeigt, für die aufgestellten Forderungen zu kämpfen. Aber die Regierung kümmert sich nicht um Euch.

Nicht eine Eurer Mindestforderung ist bis heute erfüllt!

Im Gegenteil! Die Ausnahmeverordnung der Regierung legt die Ausführung in die Hände der Landeszentralbehörden. Aber Bayern, Württemberg, Bremen scheren sich den Teufel um diese Verordnung. In Preußen selbst wagt die Regierung nicht gegen die wahren Mörder vorzugehen, gegen die Helfferich, Ludendorff, Wulle, den Major Henning und wie sie alle heißen. Man hat einige Geheimorganisationen aufgelöst — aber sie existieren weiter. Die deutschvölkischen Blätter hetzen so unverschämt wie je. Das Attentat auf Harden zeigte blitzhell, wie sicher das Mordgesindel sich fühlt.

Der Bombenanschlag auf das Volkshaus in Mannheim, die Demolierung der Druckerei der „Roten Fahne" in Gleiwitz, die planmäßigen Ueberfälle der Orgeschbanden auf Arbeiter in Gotha, sie alle zeigen Euch, daß die Reaktion entschlossen ist, weiter vorzustoßen.

Die Regierung hat

eine Amnestievorlage eingebracht, die das kämpfende Proletariat verhöhnt,

die gerade Eure tapfersten Kämpfer von der Amnestie ausschließt. Das Gesetz zum „Schutz der Republik" ist nicht gedacht als Ausnahmegesetz gegen monarchistische Mordbuben, sondern ist so gehalten, daß es gerade so gut gegen Euch angewendet werden kann.

Dafür werden die reaktionären Beamten und Richter schon sorgen!

Das zeigen deutlich die Vorgänge der letzten Tage. Arbeiterblut ist geflossen! In Frankfurt, in Mannheim, in Düsseldorf, in Zwickau, in Magdeburg und einer Reihe anderer Städte haben Reichswehr und Sipo unter Führung monarchistischer Offiziere waffenlose Männer und Frauen niedergeschossen, mißhandelt, verhaftet.

Bayern trotzt offen! Bayerische Minister, Minister einer Republik erklären, daß ihre Beamten Monarchisten sein dürfen! Der bayerische Polizeiminister bestimmt, daß Anordnungen des Reichsanwalts ohne seine Genehmigung nicht ausgeführt werden dürfen. Das ist offene Begünstigung der flüchtigen Mörder!

Proletarier! Wie konnte es soweit kommen? Wie konnte die Reaktion so erstarken?

Die Antwort liegt offen zutage. Ihr habt wohl demonstriert, aber

Eure Spitzenorganisationen zaudern, Euch zum Kampfe zu rufen!

Schlimmer noch, die Sozialdemokratische Partei hat im Preußischen Landtag zusammen mit den bürgerlichen Parteien die Anträge der KPD. zum Amnestiegesetz niedergestimmt. Und das, obwohl sie nach dem Berliner Abkommen verpflichtet war, bei diesen Gesetzen gemeinsam mit den anderen Arbeiterparteien vorzugehen.

Im Reichstag hat der sozialdemokratische Justizminister Radbruch im Widerspruch zum Berliner Abkommen erklärt, daß das Gesetz „zum Schutze der Republik" auch gegen links angewandt wird.

Trotzdem im Berliner Abkommen vereinbart war, daß keine der Spitzenorganisationen ohne Zustimmung der anderen auf eigene Faust vorgehen dürfe, haben

SPD., USPD., und ADGB. mit bürgerlichen Parteien über den Eintritt der USPD. in die Koalitionsregierung verhandelt

Der USPD. war also die Einheitsfront mit dem Bürgertum wich- [illegible]

[illegible] strierenden Massen [illegible] nnen in den Wänden [illegible] mit bürgerlichen Ar- [illegible] Demokraten Arbeiter- [illegible] aktionären Arbeits- [illegible] allen bürgerlichen [illegible] rparteien durchgesetzt [illegible]

[illegible] Eure wirtschaftliche [illegible] rungshaft in die Höhe, [illegible] el folgen nach, der [illegible] bescheidensten Lohn- [illegible]

[illegible] on denen der Aufruf [illegible]

[illegible] m Anfang an diese [illegible] rt. Die Führer des [illegible] ben das zum Anlaß [illegible] der Einheitsfront zu [illegible] orgelegt, die sich an- [illegible] re wandten, die aber [illegible] rbeitenden Massen ge- [illegible] wird an den halben [illegible] ommunistische Partei [illegible] ufe zu unterschreiben. [illegible] Afabundes und der [illegible] n, die Kommunisten [illegible] n.

[illegible] ran, den Boden [illegible] verlassen

Im Gegenteil, wir verlangen die sofortige nachdrückliche Durchführung des Berliner Abkommens.

Die heutige Regierung wird dies nicht tun. Im heutigen Reichstag wird sich keine Zweidrittelmehrheit finden, um ein Gesetz zu beschließen, das den Monarchisten wirklich gefährlich wird.

Alle Versuche, mit Hilfe von bürgerlichen Parteien Arbeiterinteressen zu wahren, schlagen notwendig in das Gegenteil um,

in eine Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse. Der Versuch, die Forderungen des Berliner Abkommens durch parlamentarische Verhandlungen zu verwirklichen, haben zur Preisgabe dieser Forderungen durch die sozialistischen Parteien geführt.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Koalitionspolitik muß fallen, soll Arbeiterpolitik bestehen. Millionenstimmig muß in den Arbeitermassen der Ruf lebendig werden:

Auflösung des Reichstages!
Neuwahl unter der Losung:
Arbeiterregierung!

Sollte die Regierung sich weigern, dem Willen des Proletariats, dem Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes zu gehorchen, so müssen die Spitzenverbände rücksichtslos die Massen zum Kampfe rufen, zum Kampfe mit den äußersten Mitteln.

Arbeiter! Ihr habt demonstriert, wollt Ihr nun kämpfen?
Nur die Tat kann Euch retten!

Berlin, 8. Juli 1922.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Koalition oder Klassenkampf

Konfusionspolitik der USPD.

„Indem die Unabhängige sozialdemokratische Partei ihre klare Klassenkampfpolitik fortsetzt, frei von jeder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien, ermöglicht sie den baldigen Zusammenschluß aller Arbeiterparteien für den begreifenden Endkampf des Proletariats. Denn die soziale Revolution kann nur zum Sieg geführt, der Sozialismus nur verwirklicht werden von einem Proletariat, das erfüllt ist mit sozialistischem Klassenbewußtsein und zusammengefaßt ist zu einer unabhängigen Führung des Klassenkampfes."
(Manifest der USPD., angenommen auf dem Leipziger Parteitag im Januar 1922.)

Die Ermordung Rathenaus hat die sozialdemokratischen und die unabhängigen Führer zu der Erkenntnis gebracht, das „der letzte Augenblick" gekommen ist, in dem es „um Sein oder Nichtsein der Republik" geht und in dem über das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse die Entscheidung fallen muß. Die Entrüstung und der „Radikalismus" dieser Führer über den organisierten Meuchelmord war deshalb im ersten Schreck riesengroß. Diesen Führern ist allen miteinander klar geworden, daß gegen die deutschnationale Mordpest, der sie durch eigenes Verlagen, besonders nach dem Erzbergermord, den Nährboden bereitet haben, ganz energisch durchgegriffen werden muß, wenn die Gefahr des monarchistischen Umsturzes und der Blutherrschaft über das Proletariat überhaupt noch abgewendet werden soll. Und so haben wir es erlebt, daß überall den sozialdemokratischen und unabhängigen Führern die Forderungen des Berliner Abkommens nicht weit genug gingen, daß sie die Einsetzung von Aktionsausschüssen freudig begrüßten und in ihren Reden die Arbeiterschaft zu **aktivem Handeln** aufriefen. Warum? Weil sie, die auf den Parlamentarismus schwören, fühlen, daß mit parlamentarischen Aktionen allein nichts getan ist! Zu Dutzenden könnte man Beispiele für diesen „**Radikalismus**" anführen. Als typisch sei nur das von dem bekannten Rechtssozialisten Hermann Wendel hier wiedergegeben. Er macht in einem Artikel der „Glocke", nach dem er die konterrevolutionäre Gefahr geschildert und über seine eigene Partei den Schuldspruch gefällt hat, daß nach der Ermordung Erzbergers der Entrüstung keine Taten folgten, seinem vom Schreck beengten Herzen also Luft:

„Mit Ausnahmebestimmungen will man alledem beikommen. Aber die schönsten Ausnahmebestimmungen bleiben **geduldiges Kanzleipapier**, wenn nicht die Kernfrage gelöst, die Nebenregierung der Geheimräte zum Teufel gejagt, die monarchistische Justiz ausgemistet und die Reichswehr endlich zu einer Waffe für die Republik gemacht wird. Leicht ist das alles nicht und Späne werden bei diesem Hobeln fallen.

Aber ein Schwanken mit Rücksicht auf **schwankende Koalitionsgenossen** darf es nicht geben, denn bei aller Anerkennung demokratischer Grundsätze und bei aller Ehrfurcht vor dem konstitutionellen Prinzip: **es ist besser, daß die Republik verfassungswidrig lebt, als daß sie verfassungsmäßig zugrunde geht.** Laßt Ihr, Verantwortlichen, den Moniteur von 1793! Erfüllt Euch mit Dantons Wort von den drei Notwendigkeiten: **Kühnheit, wieder Kühnheit und noch einmal Kühnheit!** Krempelt die Aermel auf! Und an die Arbeit!"

Wenn diese Aufforderung, die Aermel hochzukrempeln, nicht putschistischer Radikalismus sein soll, so kann sie nur den Sinn haben, daß an Stelle des ewigen Lavierens mit den „schwankenden Koalitionsgenossen", der **rücksichtslose Klassenkampf** der proletarischen Massen gegen die Bourgeoisie als den Erzfeind des Proletariats treten muß.

Aber mit dem rücksichtslosen Klassenkampf sozialistischer Führer ist es ein eigen Ding. Die Notwendigkeit proletarischer Massenaktionen können sie nicht mehr leugnen. Aber darüber, wie im gegenwärtigen Moment der Klassenkampf geführt, wie die Forderungen des Berliner Abkommens zum Schutze der Republik durchgeführt werden sollen, darüber herrscht in den Köpfen des Menschewismus die tollste Konfusion. Von den Rechtssozialisten wollen wir nicht reden. Sie haben dem Klassenkampf längst abgeschworen, bei ihnen ist längst bewiesen, daß alle radikalen Worte nur Phrasen oder Ausflüsse augenblicklicher Stimmungen sind. Wie aber stehts bei den Unabhängigen, die noch im Manifest ihres Parteitages vom Januar 1922 erklären „**jedwede Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien" ablehnen?** Hier ist der „Radikalismus" blödeste Konfusion, die feige Angst vor der eigenen Courage verrät. Typisch kommt das in der Hallischen unabhängigen „Volkszeitung" zum Ausdruck. Dieses Blatt hat neben der „Freiheit" und der „Leipziger Volkszeitung" am Dienstag vergangener Woche den Beschluß der Reichskonferenz der USPD., in eine Koalition mit Zentrumspfaffen und Börsenjobbern zum Schutze der Republik einzutreten als eine unumgängliche **Selbstverständlichkeit" begrüßt.** Die „Volkszeitung" versuchte damit die Illusion der USPD.-Zentrale in ihrem Aufruf vom 3. Juli zu stützen, mit den Rechtssozialisten, dem Zentrum und den Demokraten im Parlament ein wirksames „Gesetz zum Schutze der Republik" schaffen und die Exekutive in die Hände „entschlossener Republikaner" bringen zu können, nachdem sie erst am Tage vorher

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220710-13/fragment/page=0007